

blickpunkt bundestag

Februar 2009 | ISSN 14359146 | G 10624

www.bundestag.de

Bundestag und Sejm

Mehr als nette Gesten

Nahaufnahme
Nele Hirsch

Streitpunkt
Lehren aus der Finanzkrise



INFORMIERT STATT BLAMIERT.

Alles, was Sie wissen müssen. Alle 20 Minuten.

93,1

INFORadio^{rbb}

Inhalt

- 2 Begegnungen**
im Parlamentsviertel
- 4 Titel**
Mehr als nette Gesten
Deutsch-polnische Parlamentsbeziehungen
- 13 Zwischenfragen**
„Keine Geisel der Geschichte“
Im Interview: Bronisław Komorowski
- 14 Im Blick**
Eine Bühne für die Republik
90 Jahre Weimarer Nationalversammlung
- 18 Nahaufnahme**
Die Grenzgängerin
Nele Hirsch
- 23 Experten**
Ist unser Wald in Gefahr, Frau Behm?
- 24 Ansichtssachen**
Politisches Parkett
- 26 Streitpunkt**
Weltfinanzkrise
Streitgespräch: Bernhard Emunds und
Hermann Otto Solms
- 34 Platz der Republik**
In der Krise wetterfest
Deutsch-französisches Parlamentarier-treffen
- 36 Menschen**
Klare Kante im Aufsichtsrat
Helmut Schmidt im Bundestag
- 39 Im Wortlaut**
Wer hat's gesagt?
- 40 Parlamentsgeschichten**
Eine Krone für das Parlament
Island: Das Althing



Foto: DBT/Werner Schüring

Im Osten was Neues

Gemeinsam erinnern Bundestag und Sejm an den deutschen Überfall auf Polen vor 70 Jahren und an das Wendejahr 1989. Was verbindet die Nachbarn heute? Vieles – meinen die Parlamentspräsidenten beider Länder. BLICKPUNKT BUNDESTAG war bei ihrem Treffen in Breslau dabei.



Foto: DBT/Anke Jacob

Bildung für alle

Ob Studiengebühren, BAföG oder Bachelor: Wenn es um Hochschulfragen geht, ist Nele Hirsch mit Leidenschaft am Ball. Die bildungspolitische Sprecherin der Partei Die Linke engagiert sich für mehr Chancengleichheit – und macht aus ihrem Wahlkreisbüro auch schon mal einen Jugendtreff.



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Lehren aus der Krise

Braucht die Marktwirtschaft einen neuen moralischen Kompass? Im Streitgespräch diskutieren Bernhard Emunds, Direktor des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik, und Hermann Otto Solms, Vizepräsident des Deutschen Bundestages und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.



Dieser Ausgabe von BLICKPUNKT BUNDESTAG liegt das SPEZIAL „Globale Aufgabe Klimaschutz“ bei.



MIT AUSZEICHNUNG

hat der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages vor dem kritischen Urteil der Jury des Politikawards bestanden. Anfang Dezember nahmen Bundestagsvizepräsidentin Gerda Hasselfeldt und die Vorsitzende des Petitionsausschusses Kersten Naumann im TIPI – neben Kanzleramt und Reichstagsgebäude – die Ehrung für die „Innovation des Jahres“ entgegen. Der jährlich von der Zeitschrift politik & kommunikation ausgelobte Preis wurde für das Portal E-Petitionen verliehen (<https://epetitionen.bundestag.de>). Auf dieser Internetseite können Bürger seit Oktober 2008 einfach und unkompliziert öffentliche Petitionen und Einzelpetitionen einreichen, unterstützen und im Forum diskutieren. In den ersten Wochen wurde die Seite bereits mehr als eine Million Mal aufgerufen.

Begegnungen im Parlamentsviertel

Kulturhauptstadt 2010

Zu spannenden Begegnungen kommt es immer wieder in den Landesvertretungen in Berlin. So trifft man beispielsweise bei den Nordrhein-Westfalen einen bekannten Fernsehjournalisten und den Architekten, der das imposante Gebäude aus Holz, Glas und Stahl mit seiner spektakulären Rautenfassade entworfen hat. **Fritz Pleitgen** und **Karl-Heinz Petzinka** werben gemeinsam für die Kulturhauptstadt 2010, zu der die Stadt Essen stellvertretend für das gesamte Ruhrgebiet berufen wurde. Der langjährige ARD-Korrespondent Pleitgen (70) hat den WDR-Intendantensessel gegen den Chefposten in dem Unternehmen „RUHR.2010“ eingetauscht, und es ist zu spüren, dass ihm diese neue Aufgabe Spaß macht. Begeistert spricht er von einer „Metropole im Werden“ und belegt diesen Anspruch mit ei-

ner Satellitenaufnahme. Auf ihr strahlt das Ballungsgebiet an Rhein und Ruhr mit seinen 53 Städten und Gemeinden des Nachts so hell wie sonst nur noch London oder Paris. „Wir werden das Ruhrgebiet schon unter die Leute bringen“, meint der gebürtige Duisburger.

Petzinka (53), Professor an der Kunstakademie Düsseldorf, ist künstlerischer Direktor des Unternehmens und damit zuständig für Projekte, von denen viele noch Visionen sind. So etwa plant er Großes mit dem Gasometer in Oberhausen, der 1988 stillgelegt worden war und heute die ungewöhnlichste Ausstellungshalle Europas ist. Wenn es nach Petzinka geht, soll dieses Industriedenkmal im nächsten Jahr zu einem „Tempel des Glaubens“ werden. Christen, Muslime, Juden, Buddhisten und Hindus sollen sich dort zu einem „Weltreligionstag“ versammeln. Auch die Oberhäupter der Weltreligionen vom

Papst bis zum Dalai Lama sollen eingeladen werden. Zweifelnde Fragen zu solch hochfliegenden Plänen wischt der in Bocholt geborene erfolgreiche Architekt mit dem Satz weg: „Warum wir das machen? Weil Sie uns das nicht zutrauen.“

Ein Herz fürs Revier: Fritz Pleitgen wirbt für die Kulturhauptstadt Essen



Foto: ddp/Berthold Stadler



Foto: laif/Jung

Er will das deutsche Wahlrecht revolutionieren: Siegfried Willutzki, Ehrenvorsitzender des Deutschen Familiengerichtstages

Keine Lachnummer

In der Vertretung des Freistaates Sachsen, die in einem über 100 Jahre alten Kontorgebäude untergebracht ist, begegnet man dem in Ostpreußen geborenen Juristen **Siegfried Willutzki**. Auch der 76-Jährige will eine Vision in die Realität umsetzen und das deutsche Wahlrecht revolutionieren. Denn nichts weniger als eine Revolution wäre die Umsetzung seiner Forderung, das aktive Wahlrecht Kindern ab ihrer Geburt zuzugestehen. Er argumentiert ganz pragmatisch: Kinder seien Träger aller Grundrechte. Und das Wahlrecht sei ein Grundrecht. Man müsse ernsthaft nachdenken, ob man einem 17-jährigen Vorsitzenden der Jungen Union oder der Jusos das Wahlrecht verwehre, es aber bei der wachsenden Gruppe der über 100-Jährigen überhaupt nicht infrage stelle. Allerdings stellt Willutzki sich nicht vor, dass demnächst schon Babys mit Buntstiften in den Wahllokalen aufkreuzen. Das Wahlrecht soll erst ab 14 Jahre selbst ausgeübt werden können. Jüngere Kinder sollen durch ihre Eltern vertreten werden. Willutzki, selbst Vater von drei Kindern, weist darauf hin, dass sich immer mehr Menschen über ein Kinderwahlrecht ernsthaft Gedanken machen. „Wir sind zum Glück aus der Lachnummer heraus, als sich alles amüsierte, wenn man ein Wahlrecht für Kinder forderte.“

Theatererinnerungen

Mit einer Ausstellung erinnert die schleswig-holsteinische Landesvertretung, die in einem modernen Gebäude in den ehemaligen Berliner Ministergärten residiert, an den Theatergründer, Maler

und Schriftsteller **Hans Holtorf**. Michael Grosse (47), Intendant des Landestheaters in Schleswig, liest aus den packenden Erinnerungen des Künstlers, der in der ersten Hälfte der 1920er-Jahre mit seinem expressionistischen Wandertheater durch Deutschland und Dänemark zog. Auch Grosses Landestheater ist mit seinen drei großen und weiteren kleinen Spielstätten so etwas wie eine Wanderbühne. So sieht Grosse durchaus „eine Seelenverwandtschaft“ mit Holtorf. Allerdings biete eine Landesbühne ein hohes Maß an wirtschaftlicher Sicherheit, wogegen Holtorf das ganze Risiko habe allein tragen müssen. Ähnlich sei aber, „dass alles sehr stressig ist mit dem Reisen, Einpacken, Auspacken, Transportieren“. Der Spross einer Theaterfamilie wird im kommenden Jahr auch privat wieder packen müssen. Denn dann übernimmt der gebürtige Berliner die Leitung der Städtischen Bühnen Krefeld und Mönchengladbach. Muss er sich da auf ein anderes Publikum einstellen? „Sicherlich wird es mental dort anders laufen. Das ist ja auch das Spannende.“ **Klaus Lantermann** ■

Holthofs Theatertruppe: Der „Maskenwagen“ beim Bühnenaufbau 1920



Foto: Theatergeschichtliche Sammlung Universität Kiel

TERMINE IM PARLAMENTSVIERTEL

22. Februar, 11 Uhr

Film: „Berliner Zeitzeugen aus dem antifaschistischen Widerstand“ Drei Erzählungen über Jugendliche in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation von Loretta Walz, BRD, 1993, 67 Min.

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13–14, Eintritt frei

bis 1. März

25. Rückblende: Ausstellung der 100 besten politischen Fotografien und Karikaturen des Wettbewerbs 2008 zum Leben in Deutschland. Veröffentlichung aller eingereichten Arbeiten auch auf der Internetplattform www.rueckblende.rlp.de Landesvertretung Rheinland-Pfalz, In den Ministergärten 6, täglich (auch am Wochenende) von 10 bis 20 Uhr, Eintritt frei

2. März, 8–14 Uhr

Kindertag des Deutschen Bundestages Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren mit mindestens einer Begleitperson können an einer kindgerechten Führung durch das Reichstagsgebäude teilnehmen (letzter Eintritt 13 Uhr).

Anmeldung: Deutscher Bundestag – Besucherdienst – Platz der Republik 1, 11011 Berlin, per Fax an (0 30) 2 27-3 00 27 oder per E-Mail: besucherdienst@bundestag.de

bis 10. Mai

Ausstellung: Günther Uecker – Das Buch Hiob. Das Künstlerbuch mit 47 handsignierten Originalgrafiken und dem alttestamentarischen Text in Hebräisch und in der deutschen Luther-Übersetzung ist ein Neuankauf für die Kunstsammlung des Deutschen Bundestages. Eröffnung 10. Februar 2009, 19 Uhr

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, Schiffbauerdamm, 10117 Berlin, Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr, Eintritt frei, Ausweis erforderlich

Vergangenheit und Zukunft: Gut Kreisau, ein Ort des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, ist heute ein Zentrum für deutsch-polnische Begegnungen

Deutschland und Polen

Mehr als



nette Gesten

Die deutsch-polnischen Parlamentsbeziehungen werden von Jahr zu Jahr intensiver. Viele persönliche Kontakte sind entstanden und damit ein Klima des Vertrauens. Auch über kontroverse Themen wird offen gesprochen, heißt es unisono in Bundestag und Sejm. Das Gedenken an das Wendejahr 1989 wollen beide Parlamente gemeinsam begehen. Im November trafen sich ihre Spitzen in Breslau und in Kreisau – einem Symbol des Widerstands gegen den Nationalsozialismus.

Im Nachhinein war es ein prophetisches Lied – die inoffizielle Hymne der Solidarność in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts: „Und die Mauern stürzen ein, sie stürzen, sie stürzen ein und begraben die alte Welt“, heißt es im Refrain des Liedes von Jacek Kaczmarski. Ganz Untergrundpolen sang mit Inbrunst die Aufforderung des Solidarność-Barden: „Ziehe den Mauern die Zähne der Gitter aus! Spreng die Fesseln, zerbreche die Knute!“ Und dann fiel tatsächlich die Mauer, ohne Blutvergießen, fast wie im alttestamentarischen Jericho. Auch wenn das Lied nicht in erster Linie die Berliner Mauer meinte, aus polnischer Sicht sind die Zusammenhänge klar. Und es ärgert die Polen, wenn sie von deutscher Seite gefragt werden, wie sich denn der Mauerfall auf den Zusammenbruch des Kommunismus in Polen auswirkte. Inzwischen sind die dramatischen Ereignisse von damals verblasst, der Alltag ist eingelebt – hüben wie drüben. Polen will daher den 20. Jahrestag der ersten halbfreien Wahlen Anfang Juni 1989 – fünf Monate vor dem Sturz der Berliner Mauer – nutzen, um die polnische Betrachtungsweise der jüngsten Geschichte vor allem in Deutschland bekannter zu machen. Am alten Gebäude der polnischen Botschaft in Berlin – eine prominente Adresse Unter den Linden gegenüber der russischen Botschaft – hängt seit Februar ein Großposter mit

der Aufschrift „Es begann an einem runden Tisch. Es begann in Gdańsk“. Ein gesprengtes Kettenglied in der Form der Grenzen Polens und die Namen der Städte Danzig, Warschau, Berlin, Prag, Budapest, Tallinn, Wilna, Riga, Sofia, Kiew – als Dominosteine der fallenden alten Welt – sollen die Rolle der Solidarność im Prozess der Auflösung des Ostblocks symbolisieren.

Auch die Parlamente beider Länder wollen die Gelegenheit nutzen und das Erinnerungsjahr 2009 gemeinsam als ein Fest der Demokratie und Freiheit begehen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) machte das Vorhaben auf deutscher Seite zur Chefsache und tauschte sich mit dem polnischen Parlamentschef, Sejmmarschall Bronisław Komorowski, und mit dessen Vorgängern Ludwik Dorn und Marek Jurek aus. Ende November 2008 war das Gedenkjahr eines der wichtigen – und von den polnischen Medien aufmerksam beobachteten Themen einer deutsch-polnischen Parlamentskonferenz in Breslau und Kreisau. Die polnischen Gastgeber haben das Treffen sorgfältig vorbereitet: Die Orte der Begegnung sollten die gemeinsame Geschichte beider Nationen symbolisieren, die Tagesordnungen Vergangenheit und Zukunft miteinander verbinden.

Das Wiedersehen im Foyer des Breslauer Hotels ist herzlich, unkompliziert. Händeschütteln, Lachen. Wortfetzen

Polnische Geschichte im Blick:
Norbert Lammert
und Bronisław
Komorowski vor
dem „Panorama von
Raclawice“



Foto: DBT/Werner Schüring



Wünscht sich
noch mehr
Zusammenarbeit:
Markus Meckel,
Vorsitzender der
Deutsch-Polnischen
Parlamentariergruppe
im Bundestag

auf Polnisch, Deutsch und Englisch. So begrüßen sich gute Bekannte. Es sind gute Bekannte. Denn es treffen sich zum dritten Mal – nach 2004 in Slubice und 2007 in Berlin – die Präsidien von Bundestag und Sejm. Das Treffen, das bereits vor einem Jahr stattfinden sollte, wurde wegen der vorgezogenen Parlamentswahlen in Polen verschoben.

„Wir müssen los!“, mahnt Bronisław Komorowski. Das Programm für die zweitägige Konferenz ist straff, die Zeit knapp. Der polnische Parlamentspräsident ergreift die Initiative und entführt die Gäste zunächst auf einen Exkurs in die polnische Geschichte – in eine unweit des Hotels gelegene Rotunde mit der bekanntesten Sehenswürdigkeit Breslaus, dem „Panorama von Raclawice“. Das 15 mal 114 Meter große Bild, an dem mehrere Maler Ende des 19. Jahrhunderts fast ein Jahr lang arbeiteten, zeigt den Sieg der



Foto: DBT/Werner Schüring

polnischen Armee über die Russen in der Schlacht von Raclawice 1794. Bis 1946 war das Panorama im früher polnischen Lemberg, heute Ukraine, beheimatet. Die kommunistischen Machthaber zögerten sehr lange, das Bild auszustellen. Erst seit 1985 wird es in Breslau in einem eigens errichteten Bau wieder gezeigt.

Der Schnellkurs in der Geschichte Polens für die Gäste aus Deutschland mit dieser Episode und diesem Kunstwerk ist natürlich kein Zufall, ebenso wenig wie das ganze Programm, das mit subtiler Symbolik auf zum Teil in schmerzhafter Weise verbindende Elemente der deutsch-polnischen Vergangenheit hinweisen soll.

Heimkehrer und Vertriebene

„Das Panorama von Raclawice“, erklärt Komorowski, „ist ein Teil unserer polnischen Identität aus den ehemali-

gen Ostgebieten, hier in Breslau.“ Der Sejm marschall benutzt dabei den Begriff „kresy wschodnie“, der in Polnisch vielschichtige Assoziationen weckt – an

„Wir wollen daran erinnern, dass die Überwindung der Teilung Europas kein Naturereignis war.“

Norbert Lammert

Kulturlandschaften und Geschichte, Literatur und Bräuche, an das lange unterdrückte Tabu des Heimatverlustes. Die polnischen Vertriebenen aus den

„kresy“ hießen im Volkspolen kommunistisch korrekt „Repatrianten“, Heimkehrer also. Auch die Familie Komorowskis erlitt dieses Schicksal. Er zögert nicht, immer wieder öffentlich darüber zu sprechen. Auch jetzt nicht, da er nach den „schwierigsten Aspekten in den deutsch-polnischen Beziehungen“ gefragt wird. Er selbst sei wie das „Panorama von Raclawice“: geboren bei Breslau in einer Familie polnischer Vertriebenen, in einem Haus, aus dem eine deutsche Familie zuvor geflüchtet ist. „Was uns trennt, trennt uns“, sagt Komorowski. Doch es lohne sich, die verbindenden Elemente aus der Geschichte zu unterstreichen, ohne eine identische Sichtweise auf die schwierige Vergangenheit erzwingen zu wollen. Das Schicksal seiner Familie könne wie das „Panorama von Raclawice“ als ein Beispiel dienen, um zu verstehen,



Foto: DBT/Werner Schüring

Heute ist Kreisau
Begegnungsstätte für
Jugendliche aus ganz
Europa

Kreisauer Kreis

Symbol des Widerstands und der Versöhnung

Seit 1940 fanden sich in Deutschland Gesprächsgruppen oppositionell gesinnter Männer und Frauen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und geistigen Traditionen zusammen. Geistiger Mittelpunkt waren die Freunde Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg. Auf Kreisau, jenem vom preußischen Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke geprägten Gut, lebte Helmuth James Graf von Moltke mit seiner Frau Freya. Ziel des Kreisauer Kreises war es, mit Tagungen, Gesprächen und Denkschriften Grundzüge einer geistigen, politischen und sozialen Neuordnung nach dem Ende des „Dritten Reiches“ zu erarbeiten. Zu den „Kreisauern“ gehörten Sozialdemokraten wie Julius Leber, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein und Theodor Haubach, protestantische Christen wie Harald Poelchau, Eugen Gerstenmaier und Hans Bernd von Haefthen, katholische Christen wie Hans Lukaschek und Hans Peters und Jesuiten wie Alfred Delp, Lothar König und August Rösch. Sie diskutierten „Grundsätze für die Neuordnung“ und überlegten, wie Staat und Gesellschaft

nach dem Ende der NS-Diktatur aussehen sollten. Deutschland sollte wieder einen friedlichen Platz unter seinen europäischen Nachbarn einnehmen. Auf der dritten Kreisauer Tagung wurden Grundsätze einer „Bestrafung der Rechtsschänder“ erörtert. Damit sollte der Versuch gemacht werden, die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen und Massenmorde zu sühnen.

Seit 1943 suchten Mitglieder des Kreisauer Kreises den engen Kontakt zum aktiven Widerstand, zu unterschiedlichen Gegnern des NS-Staates wie Ludwig Beck, Carl Friedrich Goerdeler, Ulrich von Hassell und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Wegen dieser Verbindungen wurden die meisten Mitglieder des Kreises

nach dem 20. Juli 1944 als Mitverschwörer angeklagt und zum Tode verurteilt. Auch Helmuth James Graf von Moltke wurde von den Nationalsozialisten ermordet; seine Frau Freya musste mit den Kindern fliehen. Das Gut verfiel.

Doch „Kreisau“ stand immer für Gedanken der Neuordnung und des Friedens. So verwundert es nicht, dass der „Klub der Katholischen Intelligenz“ in Breslau, eine der „Solidarność“ nahestehende Gruppe, sich bereits Ende der 80er-Jahre mehrfach mit den Kreisauer Ideen befasste. Gemeinsam mit Oppositionellen aus der DDR fand im Juni 1989 eine Tagung in Breslau statt, auf der auch der Gedanke diskutiert wurde, auf dem ehemaligen Gut, das jetzt Krzyż'owa hieß,

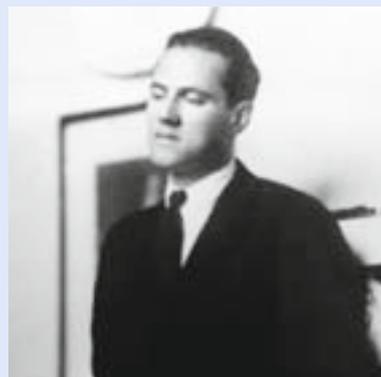


Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Die Gründer des
Kreisauer Kreises:
Peter Graf Yorck von
Wartenburg (links)
und Helmuth James
Graf von Moltke

eine europäische Begegnungsstätte zu errichten. Namen wie Karol Jonca auf der polnischen, Wolfgang Ullmann auf der deutschen Seite sind hier zu nennen. Freya von Moltke, jetzt in den USA lebend, unterstützte das Projekt von Anfang an. Die daraus entstandene Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung kann als Ergebnis einer internationalen Bürgerbewegung verstanden werden. Der Stiftung gehörte heute der ehemalige Gutshof mit internationaler Jugendbegegnungsstätte und umfassendem Tagungs- und Seminarbetrieb, eine Gedenkstätte mit einer Dauerausstellung im Schloss sowie einem Gedenkraum im „Berghaus“.

Doch bis dahin war es ein weiter Weg. Im November 1989 fand in Kreisau eine Versöhnungsmesse statt, an der Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Tadeusz Mazowiecki teilnahmen. Sie erklärten, dass in Kreisau eine internationale Jugendbegegnungsstätte entstehen solle. Der „Klub der Katholischen Intelligenz“ übernahm das verfallene Gut und brachte dieses in die im Juli 1990 gegründete Stiftung Kreisau ein. Im selben Sommer verständigten sich Polen und Deutschland über den Wiederaufbau Kreisaus und die Finanzierung der Jugendbegegnungsstätte. 1998 wurde sie feierlich eröffnet. Seitdem finanziert sich die Stiftung weitgehend selbst. Dabei unterstützen sie engagierte Bürger, wie etwa die Kreisau-Initiativen in Berlin und Würzburg, vor allem die Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler. Heute ist Kreisau eines der wichtigsten Zentren des deutsch-polnischen Dialoges und der europäischen Jugendbegegnung.

Johannes Tüchel ■

Stiftung Kreisau

Weitere Informationen unter:

www.krzyzowa.org.pl
(unter anderem in polnischer, englischer und deutscher Sprache)



„dass wir gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, dass die Zukunft besser wird als die Vergangenheit“, so Komorowski. Bundestagspräsident Norbert Lammert stimmt überein: Dieses Monumentalgemälde „eines herausragenden Ereignisses der polnischen Geschichte“ zeige, „wie sehr wir in unseren Bemühungen, die gemeinsame Zukunft zu gestalten, auch die historischen Erfahrungen in Erinnerung behalten müssen, die die Gegenwart und Zukunft prägen“. Breslau, „eine Stadt, die Glanz und Elend der deutsch-polnischen Geschichte“ spiegle, sei gleichzeitig aber ein besonders schöner Ausdruck für die Verbindung der Geschichte beider Länder, so Lammert.

In zügiger Fahrt geht es weiter – zur Universität, dem eigentlichen Ort der Arbeitsgespräche. In der prachtvollen barocken Aula Leopoldina erhalten die Parlamentarier wiederum einen Schnellkurs in österreichisch-preußischer Geschichte. Die Stadtführerin entpuppt

sich als ein Vollblut-Guide und macht die Gäste mit der reichen Symbolik und Geschichte der „Perle des Breslauer Barocks“ vertraut. Die Organisatoren kommen ins Schwitzen, die Zeit rennt ihnen davon, die engagierte Dame lässt sich dennoch nicht davon abbringen, noch etwas zur Ausschmückung des kirchenähnlichen Raumes zu sagen – und noch rasch die Gestalten der Kardinaltugenden zu erklären: Justitia, Fortitudo, Sapientia und Temperantia.

Dann geht es an die Arbeit in den Sitzungssaal – das Oratorium Marianum. „Es ist ein schöner Ort, wo sich die Marienverehrung im protestantischen Breslau konzentriert hatte. Dort gaben Liszt und Wieniawski Konzerte“, sagte Komorowski in einem Gespräch mit der größten polnischen Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ im Vorfeld der Parlamentskonferenz. Polen habe den Saal nach dem Krieg als einen gemeinsamen europäischen Wert wiederaufgebaut, daher sei er ein guter Ort



Kreisau, November 1989: Mit einer gemeinsamen Messe setzen Bundeskanzler Helmut Kohl (rechts) und Polens Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki ein Zeichen der Versöhnung

Foto: Picture Alliance/dpa/Martin Athenstädt

für die deutsch-polnische Begegnung. Bei Lammert löst das wiederhergestellte Oratorium Marianum spontan die Assoziation mit der Entwicklung der deutsch-polnischen Parlamentsbeziehungen aus, die inzwischen „ein stabilisierender Faktor im bilateralen Verhältnis sind“. Ihnen komme eine Schlüsselrolle in der erweiterten EU zu – ähnlich wie den deutsch-französischen Beziehungen zu Beginn der europäischen Integration.

Außerhalb des Protokolls

In der Tat ist der Dialog zwischen Sejm und Bundestag sehr intensiv. Selbst in der Frostperiode der Kaczynski-Regierung ist er nie erlahmt. Die Zahl der gemeinsamen Ausschusssitzungen hat inzwischen die der deutsch-französischen übertrafen. „Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass eine deutsche Delegation zu Gast im Sejm wäre“, bringt es der Vorsitzende der Polnisch-Deutschen Parlamentariergruppe im Sejm, Jan Rzymelka, auf den Punkt. „Inzwischen haben die Treffen eine freundschaftliche Note, viele Probleme werden abends außerhalb des Protokolls besprochen.“ Rzymelkas deutscher Amtskollege, der Vorsitzende der Deutsch-

Polnischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Markus Meckel (SPD), sieht dennoch „einen großen Bedarf“ für mehr Arbeitstreffen – auch unterhalb der Ausschussebene, um aktuell auf Probleme reagieren zu können.

Die Auswärtigen Ausschüsse beider Parlamente haben sich in der laufenden Legislaturperiode bereits elfmal abwechselnd in Deutschland und in Polen

„Es vergeht kaum eine Woche, ohne dass eine deutsche Delegation zu Gast im Sejm wäre.“

Jan Rzymelka

getroffen. Arbeitsgespräche gibt es auch zwischen den Innen-, Rechts-, Finanz-, Sport- und Gesundheitsausschüssen. Die Europaausschüsse von Bundestag und Sejm sind allein 2008 viermal mit ihren französischen Kollegen zusammengekommen, um das „Weimarer Dreieck“ der

Parlamente voranzubringen. Weitere zwei Treffen sind für Frühjahr und Herbst 2009 geplant. Ganz im Sinne von Lammert und Komorowski, die sich persönlich für den Ausbau von dauerhaften Dialogstrukturen auf Parlamentsebene einsetzen. Auf dieser Grundlage soll die im Lissaboner Vertrag vorgesehene gewichtigere Rolle der nationalen Parlamente trotz der stockenden Ratifizierung des Vertrags umgesetzt werden. Das erste Treffen der Präsidien von Bundestag, Sejm und der französischen Nationalversammlung ist für 2010 vereinbart. Die Terminvorgabe hat einen „schlichten praktischen Grund“, erklärt Lammert. Im September 2009 wird der 17. Deutsche Bundestag gewählt, und dieser solle die Zusammenarbeit ohne ein mögliches „leichtes Diskontinuitätsproblem“ aufnehmen können.

Die rege Zusammenarbeit trägt Früchte – sichtbar auch bei der Sitzung in Breslau. Bei aller Symbolik bleibt es nicht bei netten Gesten. Man merkt, die Parlamentarier kennen sich, das Klima stimmt, und die Differenzen sind oft jenseits der nationalen Linien auszumachen – unter den polnischen und unter den deutschen Abgeordneten. Ein wichtiges Thema des Abends ist die Abstimmung zwischen den Parlamenten über gemein-



Parlamentspräsidenten im Dialog:
Norbert Lammert und
Gerda Hasselfeldt
im Gespräch
mit Bronisław
Komorowski (im
Vordergrund)

Foto: DBT/Werner Schüring



Foto: DBT/Werner Schüring

Schnellkurs in österreichisch-preußischer Geschichte: Die Parlamentspräsidien von Bundestag und Sejm in der Aula Leopoldina der Breslauer Universität

same Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs und zum 20. Jahrestag des Wendejahres 1989. Mehrfach unterstreicht Komorowski die Bedeutung der ersten halbfreien Wahlen nach dem Kriegsende am 4. Juni 1989 für sein Land und für Europa. „Die Demokratie in Polen begann mit diesen Wahlen. Als die Berliner Mauer fiel, gab es schon die erste nicht kommunistische Regierung von Tadeusz Mazowiecki.“

Eine neue Zeitrechnung

Dass der Sejmarschall diese Tatsachen hervorhebt, hat einen Grund. Während in Deutschland das Jahr 1989 vor allem mit der friedlichen Revolution und dem Fall der Berliner Mauer in Verbindung gebracht wird, beginnt im Gedächtnis der Polen mit diesem Datum eine neue Zeitrechnung – die Dritte Republik. Östlich der Oder herrscht in der öffentlichen Wahrnehmung Konsens darüber, dass der Zweite Weltkrieg erst mit dem Zusammenbruch des Kommunismus zu Ende gegangen und damit Polen wieder

souverän geworden ist. Daher spricht Komorowski in diesem Zusammenhang von der „Klammer der Jahre 1939 bis 1989“. Was in Polen verstärkt für Diskussionsstoff in den Medien sorgt, ist auch

**„Wir tragen
gemeinsam die
Verantwortung dafür,
dass die Zukunft
besser wird als die
Vergangenheit.“**

Bronisław Komorowski

eine angemessene Würdigung der Rolle der Solidarność-Bewegung beim Fall der Berliner Mauer. Die Parlamente wollen aber einen Wettbewerb der beiden Symbole Solidarność und Berliner Mauer vermeiden und „in demonstrativer Verbundenheit“ gemeinsam an die wichtigen

Ereignisse der Geschichte beider Länder erinnern. Wie sie das tun wollen, verkünden beide Parlamentschefs am zweiten Tag der Konferenz in Kreisau.

Das 220-Seelen-Dorf in der kargen Landschaft am Fuße des Eulengebirges steht schon optisch im Widerspruch zur politischen Betriebsamkeit. Dennoch nehmen die Parlamentarier den etwas beschwerlichen Weg aus der pulsierenden Hauptstadt Niederschlesiens über eher langsame Landstraßen in aller Herrgottsfrühe auf sich, um auf das ehemalige Gut von Helmuth James Graf von Moltke zu gelangen. Denn auch Kreisau ist ein verbindendes Symbol für Deutsche und Polen – als Ort des Widerstands gegen das NS-Regime und als Ort der „Versöhnungsmesse“, als der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl und Polens erster nicht kommunistischer Regierungschef Tadeusz Mazowiecki wenige Tage nach dem Fall der Berliner Mauer mit ihrer Umarmung ein Zeichen für ein neues Kapitel der deutsch-polnischen Geschichte gesetzt haben. Daran wollen die Parlamente 20 Jahre

Austauschprogramme

Polen seit 1990 dabei

Das vom Deutschen Bundestag zusammen mit den drei Berliner Universitäten durchgeführte Internationale Parlaments-Stipendium (IPS) möchte die Beziehungen Deutschlands mit den teilnehmenden Ländern fördern und festigen. Jedes Jahr erhalten etwa 120 qualifizierte und politisch interessierte junge Menschen aus 28 Ländern die Gelegenheit, politische Entscheidungsprozesse kennenzulernen und praktische Erfahrungen im Bereich der parlamentarischen Arbeit zu sammeln. Polen nimmt seit dem Jahr 1990 am IPS teil, seitdem haben bereits 87 polnische Stipendiaten den Bundestag auf diese Weise kennengelernt. Während des fünfmonatigen Aufenthalts übernehmen mehr als 100 Abgeordnete die Patenschaft für die Stipendiatinnen und Stipendiaten, die an Veranstaltungen und Seminaren teilnehmen und ein Praktikum in einem Abgeordnetenbüro absolvieren. Seit Februar 2007 gibt es in Polen ein Partnerprogramm des Internationalen Parlaments-Stipendiums. Das Międzynarodowy Program Staży Parlamentarnych (MPSP) wurde nach dem Vorbild des deutschen IPS entwickelt. Es bietet jungen Hochschulabsolventen aus Deutschland, der Slowakei, der Mongolei, Korea und Georgien die Möglichkeit, die Funktion, Struktur und Arbeitsweise des polnischen Parlaments, des Sejms, unmittelbar kennenzulernen.

Nicole Alexander ■

IPS und MPSP

Mehr Informationen über das Programm erhalten Sie unter:

www.bundestag.de/ips
<http://mpsp.sejm.gov.pl>



danach anknüpfen. „Zusammen mit Bundestagspräsident Norbert Lammert haben wir beschlossen, dass wir uns am 12. November 2009 in Kreisau treffen, um eine Gedenkstätte einzuweihen“, sagt Komorowski. Es wird ein Fragment der Berliner Mauer sein. Es soll daran erinnern, dass Helmut Kohl über die Ereignisse vom 9. November während seines Polenbesuchs erfahren hatte, daraufhin die Visite unterbrach und wenige Tage danach nach Kreisau zurückkehrte, um mit Tadeusz Mazowiecki die in Polen berühmte Versöhnungsmesse zu feiern.

Bereits Anfang Juni 2009 – zeitnah oder sogar am Jahrestag der ersten halb-freien Wahlen in Polen – wird in Berlin am Reichstagsgebäude eine Gedenktafel

mit einem Fragment einer Mauer aus der Danziger Werft angebracht. Außerdem soll im Frühjahr 2009 eine Ausstellung über die Solidarność im Deutschen Bundestag und im November darauf eine Ausstellung über den Fall der Berliner Mauer im polnischen Sejm zu sehen sein. „Wir wollen daran erinnern, dass die Überwindung der Teilung Europas kein Naturereignis war, sondern Folge der Demokratisierungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa von den 50er-Jahren bis zum Ende der 80er-Jahre“, sagt Lammert in Kreisau. „Die Solidarność spielte hier eine überragende Rolle.“ Polnische Zeitungen titeln daraufhin: „Berlin erinnert sich daran, wer den Kommunismus zum Sturz brachte.“

Bernadette Schweda ■

Hier dachten bereits die Kreisauer europäisch:

Norbert Lammert und Bronisław Komorowski im Berghaus in Kreisau



Foto: DBT/Wiener Schüring



Foto: DBT/Werner Schüring

Sejmmarschall Bronisław Komorowski

„Keine Geisel der Geschichte“

Ein Gespräch mit Bronisław Komorowski, Präsident des polnischen Parlaments, über die Bedeutung des deutschen Widerstands, die Epochenwende 1989 und die Zukunft der Nachbarn im Osten der EU.

Herr Komorowski, welche Rolle spielt Kreisau im Bewusstsein der Polen?

Es ist für uns ein Symbol der Versöhnung und des Widerstands. Es ist ein Ort der Hoffnung, dass der Mensch dem Bösen die Stirn bieten und die Hand zur Versöhnung reichen kann. Es ist ein Ort des Glaubens, dass eine bessere Zukunft möglich ist, dass Völker keine Geisel der Geschichte sein müssen und dass das gemeinsame Europa helfen kann, sich gegenseitig zu verstehen und gemeinsam zu handeln.

Sie haben die Parlamente Mittelosteuropas eingeladen, gemeinsam den 20. Jahrestag der Wende zu feiern. Was hat Sie dazu bewogen?

Der Jahrestag der ersten teilweise freien Wahlen in Polen am 4. Juni 1989 bietet aus meiner Sicht die Gelegenheit, an die Bedeutung der Solidarność für den Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Krieges zu erinnern. Ich möchte diesen freudigen Jahrestag mit denjenigen feiern, die damals das Glück hatten, sich von der kommunistischen Diktatur zu befreien. Es ist zudem eine Gelegenheit, an die Schicksalsgemeinschaft in diesem Teil Europas zu erinnern. Ich freue mich, dass der Bundestagspräsident meine Einladung nach Warschau bereits angenommen hat.

In Kreisau haben die Parlamentspräsidenten auch über die von Polen initiierte EU-Ostpolitik gesprochen. Was ist deren Hauptziel?

Wir streben eine gemeinsame EU-Politik gegenüber den östlichen Nachbarn an – auf der Grundlage der gemeinsamen euro-

päischen Werte wie Demokratie, Freiheit und Menschenrechte. Wir wollen, dass sich die Europäische Union für die östlichen Nachbarn öffnet. Aus unserer Sicht sollten sie eines Tages EU-Vollmitglieder werden. Ich denke dabei vor allem an die Ukraine. Die strategische Partnerschaft mit Russland darf sich nicht darauf beschränken, EU-Produkte nach Russland zu exportieren und russische Energieträger zu importieren. Notwendig ist eine Vertiefung des politischen Dialogs. Die russischen Versuche, Europa zu teilen und eine Politik der privilegierten Partnerschaft mit einigen europäischen Ländern zu etablieren, sind für Polen nicht annehmbar. Daher rührt unsere kritische Haltung zur Ostseepipeline, die wir für ein Werkzeug der russischen Außenpolitik halten – und nicht für ein wirtschaftlich begründetes Unternehmen.

Was erwarten Sie von Deutschland?

Wir rechnen damit, dass Deutschland die polnisch-schwedische Initiative der Ostpartnerschaft vom Frühjahr 2008 unterstützen wird. Diese Initiative sieht eine schrittweise und weitgehende Integration von sechs östlichen EU-Nachbarn in die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen der Europäischen Union vor. Wir hoffen, dass Deutschland als ein wichtiger europäischer Partner gemeinsam mit Polen die Rolle eines Leaders in der gemeinsamen Ostpolitik spielen wird. Deutschland und Polen verbindet dabei eine Interessengemeinschaft.

Interview Bernadette Schweda ■

Zur Person: Bronisław Komorowski, Jahrgang 1952, ist Mitglied der christdemokratischen „Bürgerplattform“ und seit 2007 Sejmmarschall – der Präsident des polnischen Parlaments. Anfang der 80er-Jahre engagierte sich der gelernte Historiker in der Gewerkschaft Solidarność.



Nationalversammlung in Weimar

Eine Bühne für die Republik

Vor 90 Jahren tagte die Nationalversammlung in Weimar. Es war die Geburtsstunde der ersten deutschen Republik – und die nahm kein gutes Ende. Trotzdem war die Weimarer Verfassung ein Meilenstein. Was erinnert in der Hauptstadt der Klassik heute an die Ursprünge der deutschen Demokratie? Eine Spurensuche.



Foto: Stadtarchiv Weimar/Louis Held

Deutschland, Februar 1919. Der Erste Weltkrieg ist vorbei, aber in Berlin toben Straßenkämpfe. Revolutionäre und Regierungstruppen liefern sich Schlachten auf dem Alexanderplatz, die Lage ist unübersichtlich – kein guter Ort, um der jungen Republik, die gleich nach der unfreiwilligen Abdankung des Kaisers ausgerufen wurde, eine Verfassung zu geben. Zuflucht bietet eine Stadt, die wie keine andere für das Wahre, Schöne, Gute steht: Weimar.

Hier finden die Parlamentarier nicht nur ein verschlafenes Städtchen vor, sondern auch das Deutsche Nationaltheater. Vor seiner klassizistischen Fassade stehen Schiller und Goethe, überlebensgroß, gegossen aus der Bronze französier-

ischer Kanonen. Im repräsentativen Theatersaal tagt die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung. Die große Loge, einst dem Großherzog vorbehalten, ist nun Stammsitz des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert. Seine Residenz sind die herzoglichen Gemächer des Stadtschlösses.

Die Überschaubarkeit der Stadt schafft Nähe, anders als im nervösen Berlin. Die Abgeordneten tagen bis spät in die Nacht und sitzen danach im Gasthaus „Zum weißen Schwan“. In dessen Gästebuch schreiben sie: „Wir sind aus Berlin geflohen“ und: „Nie den Mut verlieren“.

Im historischen Stadtkern von Weimar ist fast jeder Quadratmeter mit Geschichte aufgeladen. Schon Johann

Wolfgang von Goethe quartierte im „Schwan“ seine Gäste ein. Besonders begehrt bei den Parlamentariern der Weimarer Republik ist das Hotel „Elephant“, Schlafstätte von Wagner und Liszt. Auch Thomas Mann lässt seine berühmte Romanfigur Lotte hier übernachten. Die historische Aura des „Elephanten“ machte sich später Adolf Hitler zunutze, der Weimar erstmals 1925, nach der Neugründung der NSDAP, besuchte. Hitler besuchte zwar das Goethe- und das Schiller-Haus, zeigte jedoch stets ein ausgesprochenes Desinteresse an den Klassikern. Ihn zog vor allem der Philosoph Friedrich Nietzsche an. In Weimar, einer der Städte Deutschlands, in der der Vorsitzende der Nationalsozialisten kein Redeverbot hat-

90 Jahre Frauenwahlrecht

Schon im 19. Jahrhundert kämpften Frauenbewegungen für ihre politische Gleichberechtigung. Am ersten Internationalen Frauentag 1911 gingen über eine Million Frauen für ihr Stimmrecht auf die Straße. Mit dem Ende des Kaiserreichs und der Ausrufung der Republik wurden die Voraussetzungen geschaffen: Der Rat der Volksbeauftragten erließ ein neues Wahlrecht. Erstmals konnten Frauen am 19. Januar 1919 für die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung an die Urne treten und sogar selbst kandidieren. Die Parlamentarierinnen der ersten Republik besetzten 41 der insgesamt 423 Sitze.

Die Weimarer Nationalversammlung schrieb das Frauenwahlrecht in ihrer Verfassung fest. Auch die offizielle Gedenkmedaille der Nationalversammlung zeigt eine Parlamentarierin der ersten Stunde: Marie Juchacz. Die Sozialdemokratin sprach am 19. Februar 1919 als erste Frau in der Geschichte vor einem deutschen Parlament. Ihr bronzenes Abbild symbolisiert nicht nur die junge Republik, sondern auch einen Sieg im Kampf um Gleichberechtigung. Heute ist der Sitzungssaal des SPD-Fraktionsvorstands nach ihr benannt.

Viel Zeit blieb den Frauen zur Mitgestaltung des Landes jedoch nicht. Die Nationalsozialisten schafften das passive Frauenwahlrecht wieder ab und verdrängten Frauen systematisch aus ihren Ämtern. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde das Frauenwahlrecht 1949 erneut im Grundgesetz verankert.



Foto: DBT/Werner Schüring

te, logierte Hitler in der Suite im ersten Stock des „Elefanten“. Wegen angeblicher Baufälligkeit ließ Hitler das Hotel 1937 bis auf die Grundmauern abreißen und von einem seiner Lieblingsarchitekten nach seinen Wünschen völlig neu gestalten. Weimars kulturelles Kapital war für die Verfechter der Weimarer Republik ebenso attraktiv wie für ihre Feinde.

Jens Riederer atmet tief durch die Nase ein. Der Leiter des Stadtarchivs erkennt die Epochen Weimars allein am Geruch. In den Magazinen stapeln sich gebundene Zeitungen aus vergilbtem Papier. „So riecht das 19. Jahrhundert.“ Geruchsnote: staubiger Dachboden. Das Archiv ist kühl und fensterlos. „Wegen des stetigen Verfalls“, sagt Riederer. Ein anderer Raum, gefüllt mit Akten, riecht säuerlicher – etwa nach Kompost. „Das ist das frühe 20. Jahrhundert.“ Riederer blättert in einer der letzten Ausgaben der Weimarerischen Zeitung. 1918 wurde das kaisertreue Blatt aus Protest gegen den demokratischen Umsturz eingestellt.

„Weimar ist etwas zugefallen, was die Kräfte der Stadt bisweilen überfordert“, sagt der Archivar. Reisende seien oft schockiert, dass hier ganz normale

Leute leben. Die Museumsdichte in der Provinzstadt an der Ilm ist enorm. Es goethet und schillert überall – aber die Erinnerung an die kurze Blütezeit der Weimarer Republik ist längst verblasst.

Goethes Wohnhaus am Frauenplan sieht aus, als hätte der Dichter es gerade für einen Spaziergang verlassen. Touristen aus aller Welt laufen über die knarrenden Dielen und fotografieren die Holzstühle des Geheimrats. Heute bietet in Goethes Nachbarschaft ein Asia-Imbiss „buddhistische Speisen“ an, ein Bäcker wirbt für seine „DDR-Brötchen“.

Auch die DDR beutete das Erbe von Weimar aus: Walter Ulbricht verkündete 1962, im Staate der Arbeiter und Bauern werde der dritte Teil des „Faust“ geschrieben. An die Nationalversammlung von 1919 dagegen mochten die Historiker des Ostens nicht anknüpfen: In der Weimarer Republik sahen sie lediglich einen guten Nährboden für den Nationalsozialismus – und nicht die ersten Gehversuche der Demokratie in Deutschland.

Sechs Monate lang tagte die Nationalversammlung in Weimar. Nach intensiven Debatten im Plenum und in



Foto: DBT/Werner Schüring

Geschichte zum Anfassen: Jens Riederer zeigt im Weimarer Stadtarchiv Aufnahmen der Nationalversammlung von 1919

einem 28-köpfigen Ausschuss wurde die Verfassung am 31. Juli 1919 verabschiedet. Der Reichspräsident ratifizierte sie am 11. August. Dann zog das Parlament wieder nach Berlin, wo sich die Lage inzwischen beruhigt hatte. Das Deutsche Nationaltheater blieb eine Bühne der Politik. Nur wenige Jahre nach der Nationalversammlung versuchten die Nazis, die Stadt für ihre Zwecke einzunehmen – und alle liberalen Kräfte, darunter die Architekten der Weimarer Bauhaus-Schule, zu vertreiben. 1926 hielt die NSDAP im Theatersaal ihren zweiten Parteitag nach der Neugründung ab. Auf diesem Parteitag wurde die Hitlerjugend gegründet – und marschierte auf dem Theaterplatz um die bronzenen Dichturfürsten herum. 1941 wurden Schiller und Goethe mit Ziegelsteinen eingemauert: So blieben sie unbeschadet, als im Februar 1945 eine Bombe ins Nationaltheater einschlug, das inzwischen als Munitionsfabrik diente. Nur die Fassade blieb stehen.

Das Gauforum am heutigen Weimarplatz atmet noch den Geist der Diktatur. Neben dem riesigen Aufmarschplatz steht ein Glockenturm, in dem nach heidnischen Riten die Toten geweiht werden sollten. Die monumentale Architektur, gebaut für „tausend Jahre“, ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Heute ist der bunkerartige Koloss, wo die Volksgemeinschaft zusammenkommen sollte und unter dem schon das Bernsteinzimmer vermutet wurde, ein Einkaufszentrum. Die Anlage unter dem Aufmarschplatz geht drei Etagen in die Tiefe, dort parken nun die Kunden des Kaufhauses „Weimar Atrium“. Und in der einstigen örtlichen



Foto: DBT/Werner Schüring

Stadtführung
unter den Augen
von Goethe und
Schiller: Touristen
vor dem Weimarer
Nationaltheater

Zentrale der NSDAP sitzt jetzt das Landesverwaltungsamt – eine pragmatische Lösung in einer Stadt, in der es kaum unbelasteten Boden gibt.

Den dunkelsten Schatten wirft der Ettersberg auf die Stadt. Dort wo einst Goethe gern spazierte, errichteten die Nazis 1937 das Konzentrationslager Buchenwald. So ist Weimar heute auch ein Ort der Gegensätze: Die Stadt als Stätte und Symbol der Weimarer Klassik, der Bildung und Humanität bleibt stets auch verbunden mit der durch den Namen „Buchenwald“ verkörperten Erinnerung an Gewalt und Barbarei. Wo in den 1920er-Jahren die Hitlerjugend aufmarschierte, haben sich heute alternative Jugendkulturen angesiedelt. An der Fassade eines besetzten Hauses in der Gerberstraße rufen Plakate zu Antifa-Demonstrationen auf. Eine Straße weiter liegt das Stadtmuseum. Der Verleger Friedrich Justin Bertuch ließ hier 1780 ein Haus für eine Kunstblumenfabrik errichten, in der auch Goethes Frau Christiane Vulpius Gestecke gebunden hat. Jetzt wird

hier Weimars Geschichte aufbereitet. Der Leiter Alf Rößner führt durch das Haus. Eine Ecke klärt über die Weimarer Republik auf. Rößner spricht von einer Nichtanerkennung der Leistungen der Nationalversammlung. Diese habe viel erreicht: die Trennung von Staat und Kirche etwa oder das Frauenwahlrecht. „Solche Meilensteine verdienen Achtung.“

Rößner wirft die Frage auf, warum man den Saal der Nationalversammlung in der schmucklosen Bauweise der Nachkriegszeit belässt und nicht historisch restauriert. Antje Tillmann dagegen, CDU-Bundestagsabgeordnete in Weimar, hält eine Wiederherstellung des Standes von 1919 nicht für die beste Lösung: „Erinnerungen sind nicht unbedingt mit der historischen Rekonstruktion eines Gebäudes erlebbar.“ Stattdessen verspricht sich Tillmann viel von der Ausstellung mit dem Titel „Weimar 1919 – Chancen einer Republik“, die Alf Rößner im Stadtmuseum vorbereitet und die ab dem 6. Februar gezeigt wird.

Bonn ist nicht Weimar, so lautete die berühmte Formel der alten Bundesrepublik. Mit ihr brachte man erleichtert zum Ausdruck, dass sich die zweite Republik als stabil erwies und die Fehler ihrer Vorgängerin vermied. 2009 feiern die Weimarer nicht nur das Bachjahr, das Schillerjahr und das Bauhausjahr. Diesmal werden sie auch der deutschen Verfassung gedenken, die unter den Augen ihrer bronzenen Dichturfürsten verabschiedet wurde.

Lydia Harder ■



Foto: DBT/Werner Schüring

Alf Rößner will mit
einer Ausstellung
im Weimarer
Stadtmuseum an die
Nationalversammlung
erinnern

Nele Hirsch

Die Grenzgängerin

Seit mehr als drei Jahren sitzt Nele Hirsch im Bundestag, und das ist in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Im Westen ist sie aufgewachsen, im Osten ging sie in die Politik, zunächst als Studentin, die sich gegen Studiengebühren engagierte, 2005 schließlich als bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag. Damals war sie gerade 25 Jahre alt. Über den Mund fahren lässt sie sich deshalb noch lange nicht.

„Als Abgeordnete habe ich die Chance und die Verpflichtung, der Regierung zu sagen: Da funktioniert etwas nicht.“

Meist hat Nele Hirsch mit den häufigen, bisweilen auch heftigen Zwischenrufen während ihrer Reden im Parlament keine Probleme. Grantig kann die 29-jährige Abgeordnete allerdings immer dann reagieren, wenn man sie nach dem Motto „Was erzählt uns die Kleine denn da“ in die Ecke der Jungen und Unbedarften abstellen will. Denn erstens ist die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke und frühere Studentenfunktionärin längst keine Unerfahrene mehr. Und zweitens zählt die Abgeordnete mit ihrer Körpergröße von 178 Zentimetern wahrlich nicht gerade zu den Kleinsten im Deutschen Bundestag.

Aufgewachsen im Westen, Studium und politische Arbeit im Osten: Hirsch hat ein in vielerlei Hinsicht ungewöhnlicher Karriereweg in den Bundestag geführt. Als ehemalige bundesweite Studentenvertreterin über die Landesliste der PDS in Thüringen direkt ins Parlament – das passiert nicht

alle Tage. Hirsch bekennt: „Als ich im Herbst 2005 das Mandat annahm, wollte ich erst noch nebenher weiterstudieren. Doch dann habe ich entschieden, mich voll auf meine Arbeit als Abgeordnete zu konzentrieren.“

Dabei war Hirsch eine fleißige Studentin. Als sie sich im Herbst 1999 in Jena für Politikwissenschaft und Interkulturelle Wirtschaftskommunikation einschrieb, hieß es zugleich auch, viele Sprachen zu lernen: Arabisch, später dann Japanisch und gleichzeitig noch die Kenntnisse in Englisch, Französisch und Russisch verbessern. Für jemanden, der in der Studentenpolitik so engagiert wie Hirsch war, folgte ungewöhnlich schnell die Magister-Zwischenprüfung, dann das Große Arabicum. Nach einem weiteren Jahr Auslandsstudium im japanischen Osaka schloss sie dort das Asienwissenschaften-Programm ab – vergleichbar mit einem Bachelor. Als Tochter eines Lehrerpaars erhielt Hirsch kein BAföG. Also jobbte sie in den



Semesterferien noch neben Studium und politischer Arbeit, um sich Reisen und weitere Hochschulvisiten, etwa in Peking oder im syrischen Damaskus, leisten zu können.

Ganz der Hochschulpolitik verschrieb sich Hirsch dann ab Herbst 2003, als sie in den Vorstand des "freien Zusammenschlusses von studentInnen-schaften" (fzs) aufrückte. Während ihrer Amtszeit kippte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz. Bundesweit setzte anschließend an den Hochschulen eine turbulente Debatte über das Für und Wider von Studiengebühren ein. Zugleich erfuhren immer mehr Studenten mit der Einführung der neuen Bachelor-Studiengänge, was es heißt, unter Zeitdruck ein straff vorgegebenes und großes Stoffpensum bewältigen zu müssen. Der ohnehin nicht gerade große Kreis der politisch Engagierten unter den Studenten schrumpfte immer mehr. Als „fzs“-Funktionärin reiste Hirsch von Hochschule zu Hochschule, bestritt Podiumsdiskussionen, gab den Medien Interviews und referierte auf Veranstaltungen von ver.di und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Die beiden hektischen Jahre beim „fzs“ haben Hirsch geprägt. Als bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion redet sie im Parlament heute natürlich auch über Themen wie Entwicklung der Auslandsschulen oder Modularisierung von Berufsbildungsgängen. „Das ist wichtig. Doch hier musste ich mich erst einarbeiten“, sagt sie. Mit spürbarer Leidenschaft ist Hirsch am Ball, wenn es um Hochschulprobleme geht: Um das BAföG, den an vielen Universitäten ausgeweiteten Numerus clausus, den wachsenden Mangel an akademisch ausgebildeten Fachkräften, um Studiengebühren oder etwa den laut Sozialerhebung immer noch viel zu geringen Studienchancen von Arbeiterkindern in Deutschland.

In Sitzungswochen trifft Hirsch schon „unstudentisch früh“ am Morgen in ihrem Abgeordnetenbüro Unter den Linden ein. Ihr Privatquartier in Berlin hat sie in Neukölln. Der morgendliche Gang durch den Problemstadtteil ist für sie eine Art „Eintauchen in ein Stück Lebensrealität“, sagt sie. An einer benachbarten Kneipe prangt das Schild:

„Hier gibt es Bier für Hartz IV – Ein Euro“.

In Berlin nutzt die Abgeordnete häufiger öffentliche Verkehrsmittel als die Fahrbereitschaft des Bundestages. „Mit der U-Bahn bin ich in der Regel viel schneller.“ Aber natürlich lässt sie sich auch mal zu Terminen fahren. Anfangs sei es schon „ein merkwürdiges Gefühl“ gewesen, als Linke in so eine schwarze Limousine einzusteigen. Hirsch: „Ich genieße das nicht, erschrecke aber auch nicht mehr.“

Im Büro morgens ihre ersten Fragen: „Was passiert heute im Ausschuss, was steht im Plenum an, was läuft heute pressemäßig?“ Die Hochschulszene ist klein. Man kennt sich untereinander. In vielen E-Mails, Anfragen und Briefen, die Hirsch von Interessierten auch außerhalb ihrer Partei erhält, wird die Abgeordnete oft geduzt. „Hallo Nele“ beginnt so manche Einladung. „Viele kennen mich noch als Studentin aus der fzs-Zeit.“

Das Private ist politisch

Neben der Luxus-Kaffeemaschine in ihrem Büro hängen Bildungsposter der GEW, neue und alte Plakate mit Aufrufen zu Podiumsdiskussionen oder Demonstrationen. „Thüringen zum Tanzen bringen“ heißt es auf einer großen Veranstaltungsankündigung, die an ihrer Bürotür prangt. Das ist natürlich auch politisch gemeint. In diesem Jahr wird dort auch ein neuer Landtag gewählt.

Am Schreibtisch nascht Hirsch gern Plätzchen. Gästen bietet sie Vanilletee oder starken Kaffee an. Die Marke

„Sandino-Dröhnung“ im Regal demonstriert ungebrochene Nähe zur Alternativkultur.

„Es gibt nur wenig Trennung zwischen meinem Privatleben und der Politik. Das war früher auch schon so. Ich konnte das nie trennen“, sagt Hirsch. Schon vor dem Abitur war sie, die mit drei Geschwistern in einem kleinen Dorf im Zollernalbkreis (Baden-Württemberg) aufwuchs, als Schülervertreterin politisch aktiv.

Mehr noch als in Berlin ist sie in der Hochschulszene und im studentischen Milieu in Erfurt zu Hause. Ihr Lebenspartner studiert dort Literatur und Philosophie. Hirsch: „Wir haben viele studentische Freunde.“ In Gotha unterhält sie ein „offenes Jugendbüro“. Dort gibt es zwar auch die üblichen Bür-

Foto: DBT/Anke Jacob

Zur Person: Nele Hirsch, geboren am 16. Januar 1980, kam 2005 über die Landesliste der Partei Die Linke in den Deutschen Bundestag. Sie ist bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Hirsch wuchs in Baden-Württemberg auf. Nach dem Abitur begann sie ihr Studium in Jena mit den Schwerpunkten Politikwissenschaft, Interkulturelle Wirtschaftskommunikation und Islamwissenschaft. Nach Studienaufenthalten in Osaka (Japan), Peking (China) und Damaskus (Syrien) wurde Hirsch 2003 Vorstandsmitglied des bundesweiten Studierendenverbandes „freier Zusammenschluss von studentInnen-schaften“ (fzs). Hirsch ist unter anderem Mitglied bei ver.di, der GEW und im Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdW).
cornelia.hirsch@bundestag.de
www.nele-hirsch.de

gersprechstunden der Parlamentarier. Doch ab nachmittags wird das Büro meist eher zum Klubhaus und zur Begegnungsstätte. Hinter einer großen Glasscheibe treffen sich bis in den späten Abend hinein etwa Antifa-Gruppen, Jugendliche und Studenten. Hirsch: „Dort ist jeden Abend etwas los.“

Ein weiteres Büro hat Hirsch in Ilmenau. Ihre drei Mitarbeiter in Thüringen werden von zwei Studenten unterstützt. Hirsch: „Im Wahlkreis ist natürlich nicht nur mein Wissen in der Bildungspolitik gefragt, sondern das gesamte Kompetenzprofil eines Abgeordneten“ – von Auskunft und Beratung bis hin zur praktischen Lebenshilfe.

Hirsch ist stolz darauf, was sie als Abgeordnete in den vergangenen drei Jahren auf den Weg gebracht hat – in

ihrem Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis in Thüringen genauso wie als bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion in Berlin. In ihrer Partei spürt die aus dem Westen Zugereiste keine Ressentiments. „Ich habe auch keine typischen Wessi-Allüren“, beteuert Hirsch. Und ein wenig schmunzelnd fügt die junge Abgeordnete hinzu, dass die älteren Genossen doch noch alle die klassisch marxistische Erziehung erfahren hätten. „Da gibt es politisch große Übereinstimmung.“

Dass der Bildungsgipfel von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Oktober mit so wenig konkreten Bundesländer-Beschlüssen in Sachen Bildungsfinanzierung endete, bringt die junge Abgeordnete in Rage. Innerhalb weniger Tage habe die Koalition eine Woche vor dem Gipfel ein Milliarden-Rettungspaket für

„Ausbildung ist keine Wohltat von Unternehmen. Ausbildung ist Pflicht.“



**„Für die Bildung
gibt es dann nur noch
Absichtserklärungen.
Das ist der
größte Skandal.“**

die Banken schnüren können – „doch für die Bildung gibt es dann nur noch Absichtserklärungen. Das ist der größte Skandal“, kritisiert Hirsch. Dabei habe doch die Kanzlerin mit ihrer Bildungsreise quer durch die Republik monatelang überall hohe Erwartungen geschürt.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse in Zeiten einer Großen Koalition von Union und SPD macht sich Hirsch nichts vor: Ihre bisweilen scharfen Kommentare, ihre kritischen Reden und Anfragen können oft nicht mehr sein als ein Stachel im Fleisch. „Als Abgeordnete habe ich die Chance und die Verpflichtung, der Regierung zu sagen: Da funktioniert etwas nicht.“

Von dieser Möglichkeit macht Hirsch auch fleißig und stets streitbereit Gebrauch – ob im Bildungsausschuss oder im Plenum. Entschieden kritisierte sie gleich zu Beginn der Legislaturperiode die von Union und SPD ausgehandelte Föderalismusreform – laut Hirsch ein „fauler Kompromiss“ zu Lasten der Bildung. Am Hochschulrahmengesetz möchte Hirsch festhalten. Gegen fehlende Lehr-

stellen will Hirsch lieber mit einer Ausbildungsumlage vorgehen – statt des von den Regierungsfractionen beschlossenen Ausbildungsplatzbonus. Hirsch: „Ausbildung ist keine Wohltat von Unternehmen. Ausbildung ist Pflicht.“

2009 möchte Hirsch noch einmal für den Bundestag kandidieren. „Ich denke, zwei Perioden sind in Ordnung.“ Sie habe so viel in den vergangenen Jahren begonnen. Das möchte sie jetzt nicht „so stehen lassen“. Hirsch: „Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, die Zeit bis zur Rente im Bundestag zu verbringen.“ Schließlich gebe es auch „außerhalb des Parlaments so viel Spannendes“.

Nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag will Hirsch nicht in die Wissenschaft. „Ich wäre auch ohne Mandat politisch aktiv geworden“, bekennt sie. Und für einen „politisch tätigen Menschen“ würden sich immer Möglichkeiten finden, sich einzumischen – sei es bei den Gewerkschaften oder etwa dem globalisierungskritischen Netzwerk attac – oder anderen Organisationen.

Karl-Heinz Reith ■

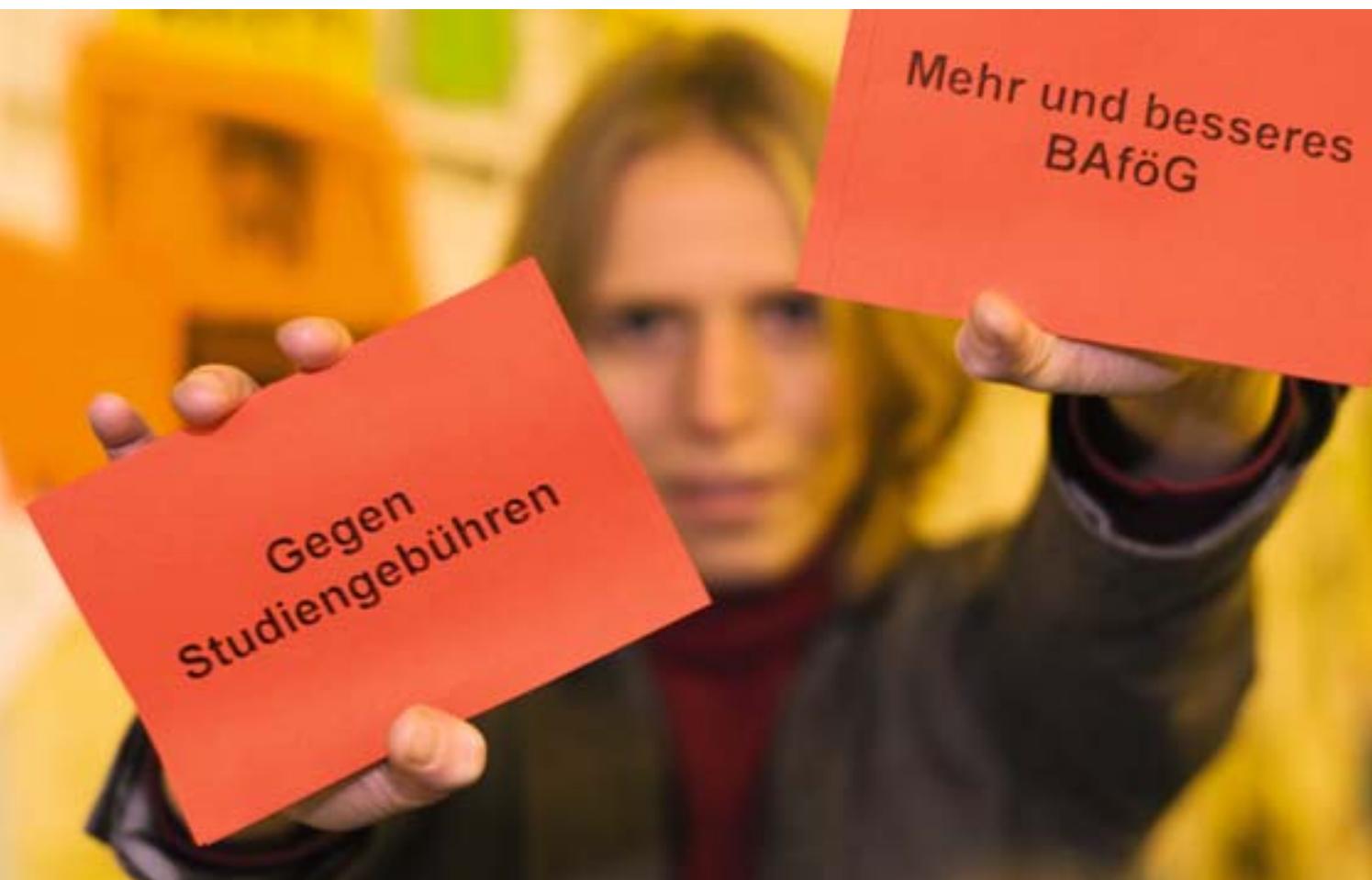


Foto: DBT/Anke Jacob



Politik heißt Detailarbeit.

Viele Bundestagsabgeordnete bearbeiten ungewöhnliche Spezialgebiete. Hier werden sie vorgestellt.

Ist unser Wald in Gefahr, Frau Behm?

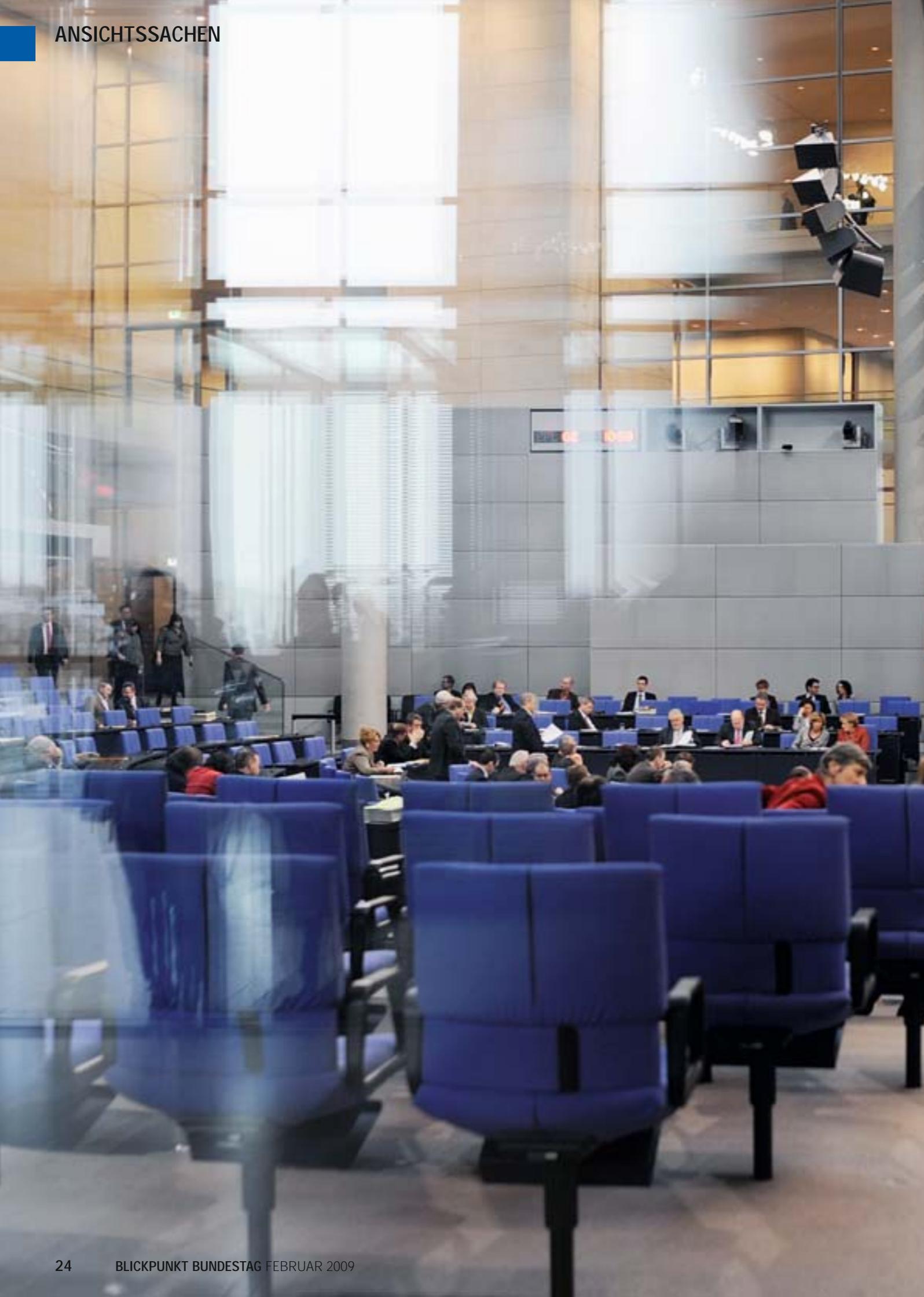
Zur Person: Cornelia Behm, Jahrgang 1951, Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ist Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie im Unterausschuss Regionale Wirtschaftspolitik.
cornelia.behm@bundestag.de
www.cornelia-behm.de

Zumindest ist Gefahr im Verzug. 65 Prozent der Wälder in Deutschland sind nicht naturnah genug, um den zahlreichen aktuellen Gefahren zu trotzen. Doch der Wald ist nicht nur gefährdet, er ist auch – regional unterschiedlich stark – geschädigt. Das belegen die alljährlichen Waldzustandsberichte. Klimawandel und der anhaltend hohe Stickstoffeintrag aus der Luft verändern den Wald, die Holznachfrage steigt, ebenso die Bioenergienutzung. Es gibt gegenwärtig keine ausreichenden und angemessenen Regelungen, um eine Übernutzung des Waldes zu verhindern. Bisher findet Waldpolitik in der Großen Koalition dennoch nicht statt. Dabei wissen wir: Wälder haben große Bedeutung für den Klimaschutz, für Luft, Wasser, Boden. Sie bieten Lebensraum für eine große Vielfalt an Tieren, Pflanzen und Pilzen, schützen vor Bodenerosion, speichern Wasser, dienen der Erholung. Ihr Erhalt sollte allen am Herzen liegen, besonders der Politik. Immerhin ist mehr als ein Drittel Deutschlands bewaldet – das ist Reichtum und Verpflichtung zugleich.

Unser Bundeswaldgesetz stammt aus dem Jahr 1975. Meine Fraktion hat bereits im Frühsommer den Antrag ge-

stellt, es zu novellieren und ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung einzuführen. Wir wollen arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder schaffen, die biologische Vielfalt der Waldökosysteme erhalten und die Wälder vor Übernutzung schützen. Die Kohlendioxidspeicherung im Wald soll erhöht und der Landschaftswasserhaushalt stabilisiert werden. Und wir wollen nachhaltig und langfristig die Versorgung mit dem nachwachsenden Rohstoff Holz sichern. Dazu bedarf es eines modernen Gesetzes, das den Herausforderungen des Klimawandels angepasst ist, mehr biologische Vielfalt fördert, Rechtssicherheit für Agroforstsysteme schafft, die Waldbesitzer von übertriebenen Ansprüchen an die Verkehrssicherungspflicht befreit und die Holzvermarktung durch Zusammenschlüsse kleiner Waldbesitzer erleichtert.

Unser Antrag ist im Juni 2008 in den Bundestag eingebracht und in den zuständigen Ausschuss verwiesen worden. Mir als waldpolitischer Sprecherin meiner Fraktion liegt sehr viel daran, dass die Novellierung des Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode beschlossen wird. ■





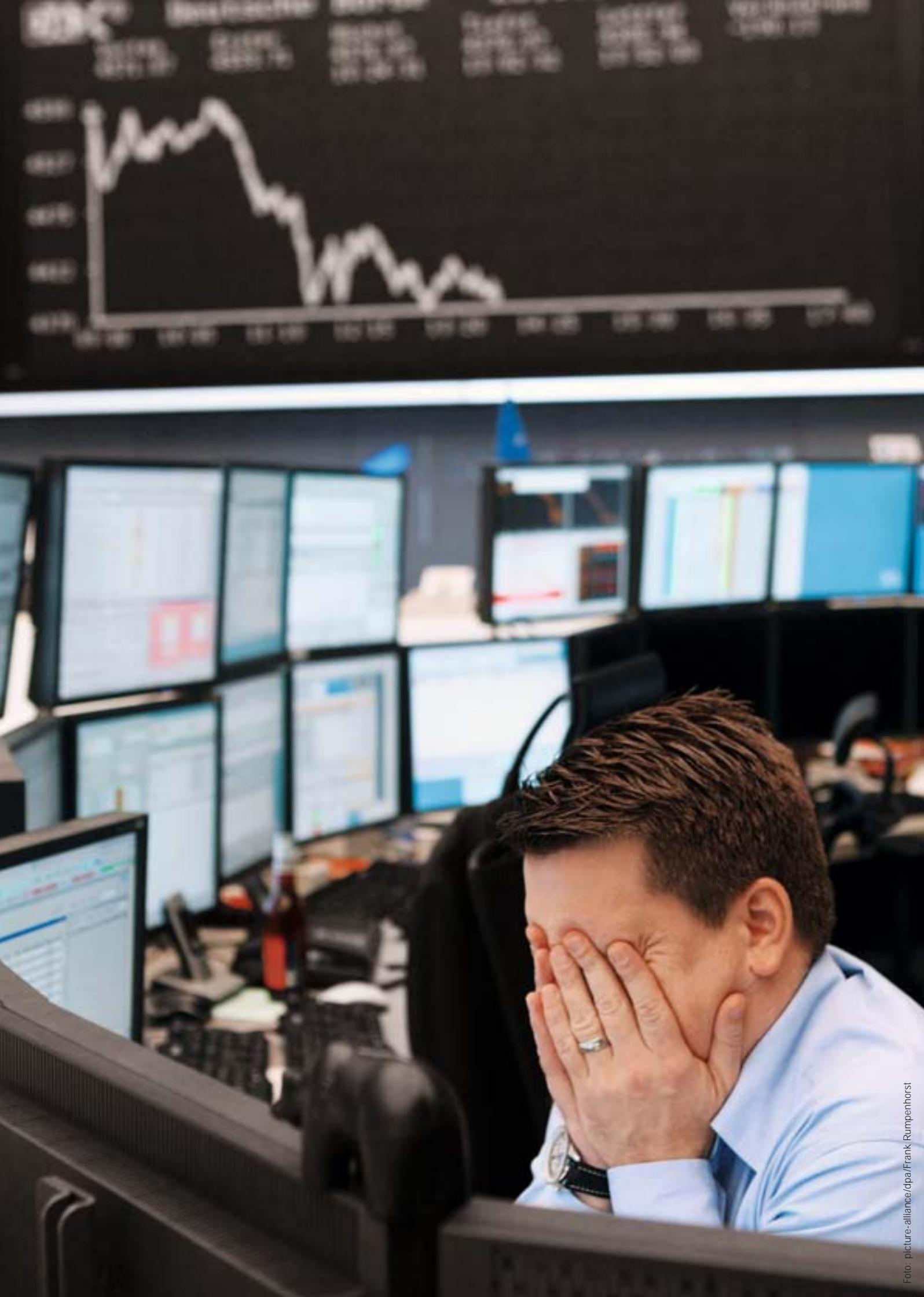
Es gilt als erstrebenswert und interessant, als glatt und gefährlich. Man kann darauf ausrutschen, sich gar falsch auf ihm bewegen. Es lässt sich betreten und wieder verlassen. Das eine wie das andere ist ein besonderer Augenblick.

Das politische Parkett ist noch immer eine Metapher für sehr viel mehr, als ein schnöder Bodenbelag es je sein kann. Auch wenn es manchmal als grauer Teppich daherkommt. Es bildet die Grundlage für Allianzen und Gespräche, die Basis für Entscheidungen. Egal, wer darüber läuft, darauf steht, sich auf ihm bewegt, nie soll er es mit Füßen treten. Sich höchstens vorsichtig bewegen, bedacht und überlegt.

Das politische Parkett signalisiert: Hier bist du eine öffentliche Person. Hier wird repräsentiert. Vor allem aber wird hier regiert. Einfach ist das nicht. Aber es macht Zukunft.

Kathrin Gerlof ■

POLITISCHES PARKETT



Wirtschaftskrise

Böses Erwachen nach dem Goldrausch

Alle spüren es: Die Finanzkrise hat Deutschland und die Deutschen fest im Griff. Zuerst ging es nur ums Geld. Um die Sicherheit von Bankkonten, Aktien und Anlagen, die oft für den Lebensabend vorgesehen waren. Doch inzwischen hat sich dazu die Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes, um soziale Sicherheit und Wohlstand gesellt. Die Wirtschaftsordnung selbst steht auf dem Prüfstand, denn offensichtlich hat das Markthandeln der Finanzjongleure mitnichten den Nutzen der globalen Gesellschaft gesteigert – sondern weltweit größte Schäden verursacht.

Wie konnte das passieren? Und vor allem: Wie kommen wir aus der Krise wieder heraus? Darum geht es im Streitgespräch von BICKPUNKT BUNDESTAG zwischen dem Bundestagsvizepräsidenten Hermann Otto Solms und dem Wirtschaftsethiker Bernhard Emunds.

Längst ist aus der Finanzkrise eine massive globale Wirtschaftskrise geworden, die selbst ungefährdet geglaubte Renommierunternehmen erfasst hat. Der Motor der Volkswirtschaft ist ins Stottern geraten, die freie Marktwirtschaft diskreditiert und die Wirtschaft fast am Rande des Ruins.

Nachträglich sind nun viele schlau. Die Defizite und Versäumnisse, die die soziale Marktwirtschaft eines Ludwig

Erhard zum Kasinokapitalismus haben verkommen lassen, sind plötzlich in aller Munde. Unzählige Finger zeigen auf den Fetisch des Geldes, die Gier nach maximalem Profit, die moralische Bindungslosigkeit manches Managements, aber auch auf eine zu sorglose Politik, die glaubte, staatliche Regulierung gehöre in die Mottenkiste eines Karl Marx.

Bundespräsident Horst Köhler höchstpersönlich las den in Verruf gekommenen Bankern die Leviten und forderte eine grundlegende Erneuerung ihrer Branche. Sie hätten den Finanzmarkt zu einem „Monster“ gemacht, sich von der Realwirtschaft abgekoppelt, sich an Renditen berauscht, seien dabei aber blind für die Risiken geworden. Was nötig sei, sei wieder eine Kultur des Gemeinsinns, des Anstandes und der

Bescheidenheit. Bundeskanzlerin Angela Merkel schloss sich der Kritik an und propagierte eine „menschliche Marktwirtschaft“.

Der zweite Mann im Staat, Bundestagspräsident Norbert Lammert, sieht Versäumnisse auch bei der Politik. Zu lange habe man resigniert der Verselbstständigung der Finanzwirtschaft zugesehen, sich der Dominanz des Ökonomischen gebeugt und zugelassen, dass das Primat der Politik in Zeiten der Globalisierung durchlöchert wurde. Ohne ein Mindestmaß an Regulierung könne keine soziale Marktwirtschaft gedeihen. Auch ein Lob kam vom Parlamentspräsidenten: Bei der Blitzverabschiedung des fast 500 Milliarden Euro schweren Rettungspakets durch den Bundestag habe „die Demokratie einen Test bestanden“.

So unausweichlich und alternativlos der Rettungsschirm für den kurz vor dem Kollaps stehenden Finanzmarkt war – wichtige Fragen bleiben dennoch zurück. Etwa: Wieso soll der Staat mit gewaltigen Steuermitteln jene vor dem Absturz retten, die mit fremdem Geld Monopoly gespielt und dabei verloren haben? Eine Frage, die sich bei Unterstützungsaktionen für große Automobilkonzerne in Abwandlung stellt, das einige von ihnen fröhlich am Markt vorbei produziert haben. Gehört es nicht zu den essenziellen Grundsätzen des freien Marktes, dass einzelne Teilnehmer bei ausbleibendem Erfolg aus dem Markt ausscheiden müssen? Schon gehen politische Parteien mit dem Vorwurf in den Vorwahlkampf des Jahres 2009, dass Gewinne wieder einmal privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Doch bloße Parolen helfen in dieser schwierigen Lage niemandem. Gefragt sind neben schnellen Lösungen für akute Probleme vor allem solide Spielregeln für die künftige Organisation der Märkte. ■

Online-Expertenforum
des Bundeswirtschafts-
ministeriums zur Finanzkrise:



www.bmwi.de/go/finanzkrise

Streitgespräch:
Bernhard Emunds und Hermann Otto Solms

Krise als Chance? Die Lehren aus dem Desaster

Die Finanzkrise wirft eine alte Frage auf: Welche Regeln braucht die Marktwirtschaft und wer wacht über ihre Einhaltung? BLICKPUNKT BUNDESTAG hat einen prominenten Liberalen zum Streitgespräch ins Münzkabinett des Berliner Bode-Museums gebeten: Hermann Otto Solms ist Vizepräsident des Deutschen Bundestages und finanzpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Mit ihm diskutiert Bernhard Emunds, Direktor des Oswald von Nell-Breuning-Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik. Er fordert schärfere Regeln für die Finanzwirtschaft und ein Umdenken in den Vorstandsetagen.

Blickpunkt Bundestag: Herr Emunds, als was wird das Jahr 2008 in die Geschichtsbücher eingehen – als Jahr der großen Krise?

Bernhard Emunds: Ganz sicher. Denn erstmals seit der Weltwirtschaftskrise von 1929 erleben wir wieder eine große weltweite Finanzkrise. In der Zwischenzeit gab es begrenzte Krisen wie die Asienkrise. Diesmal haben wir es mit einer umfassenden globalen Krise zu tun.

Blickpunkt Bundestag: Herr Solms, übertreibt Herr Emunds?

Hermann Otto Solms: Nein, er übertreibt nicht. Weil die hohe Internationalität der jetzigen Krise mit ihren gewaltigen Dimensionen etwas völlig Neues ist. Nicht nur Amerika und Europa, sondern auch Asien und die Schwellenländer sind durch die Vernetzung der interna-



Foto: Thomas Köhler/photofek.net/
Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett 2008

tionalen Finanzwirtschaft einbezogen. Die Tragweite dieser Krise hat niemand vorausgesehen.

Blickpunkt: Wie konnte es zu dieser Kettenreaktion kommen – von der Finanzkrise zur globalen Wirtschaftskrise bis hin zur Krise der Marktwirtschaft insgesamt?

Solms: Das hätten die Gegner der Marktwirtschaft gern, dass sie die jetzige Krise nutzen können, um die Marktwirtschaft als solche bloßzustellen. Wenn man aber die Ursprünge der Marktwirtschaft in Erinnerung ruft, weiß man, dass die Marktwirtschaft durchaus einen starken Staat braucht, der die Regeln setzt und auf ihre Einhaltung achtet. Alexander Rüstow hat schon 1932 geschrieben: Der liberale Markt braucht einen starken Staat, und ein starker Staat braucht einen liberalen Markt.

Emunds: Richtig ist, dass wir nicht die Wahl haben zwischen einem kapitalistisch-marktwirtschaftlichen System und einem völlig anderen System, sondern nur die Wahl zwischen verschiedenen Varianten des marktwirtschaftlichen Systems. Die Krise ist insofern eine Krise des ungezügelter Kapitalismus und damit auch eine Krise des marktradikalen Wirtschaftsliberalismus. Das sieht man besonders deutlich am Arbeitsmarkt und an den Finanzmärkten, wo jeweils versucht wurde, neben einem regulierten und gesicherten Sektor einen weniger regulierten und kaum abgesicherten Bereich einzuführen.

Solms: In dieser Analyse wird vermischt, was die amerikanische Administration gemacht hat und was die europäischen Staaten, vor allem Deutschland, ge-

tan haben. Die Vorwürfe eines Turbo-kapitalismus richten sich vor allem gegen besondere Ausprägungen in den USA. Solche Vorwürfe sind gegenüber der deutschen Wirtschaftspolitik unberechtigt.

Emunds: Dem widerspreche ich. In der Grundrichtung hat man in der Bundesrepublik sehr wohl in den letzten 15 Jahren auf die Entfesselung der Marktkräfte gesetzt und auf einen schlanken Staat, der sich aus der Regulierung von Märkten und der Absicherung von Lebensrisiken zurückzieht. Und Ihre Partei, Herr Solms, war dabei immer die Speerspitze.

Solms: Da, wo wir das gemacht haben, war es ohne Alternative. Denken Sie mal, die alte Post würde noch als Staatsorgan agieren, dann hätten wir alle noch Drehscheibentelefone. Das



„Warum wird der Erfolg eines Unternehmens nur an der Entwicklung des Aktienkurses gemessen?“

Bernhard Emunds

Banken mit den größten Problemen sind interessanterweise die Quasistaatsbanken oder Landesbanken. Zudem: Wo der Staat versagt, steht der Steuerzahler ein, wo der Private versagt, stehen der Inhaber und die Aktionäre ein.

Emunds: Sie zeichnen eine heile Welt. Die Wahrheit ist doch, dass es eine dezidierte Strategie des Staates war, auf die Liberalisierung und Entfesselung der Märkte zu setzen. Nehmen wir den Arbeitsmarkt: Dort hat man neben dem Sektor der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung die prekäre Beschäftigung aufgebaut, in der Hoffnung, dadurch die Kosten für die Unternehmen zu senken und den Wohlstand zu steigern. In ähnlicher Weise war auch die neue kapitalmarktdominierte Finanzpolitik mit ihren enormen Mengen an Finanzkapital gedacht als eine billige Alternative zur teuren Bankkreditfinanzierung. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass man sowohl Regulierungslücken zugelassen als auch erlaubt hat, dass es im Investmentbanking-Bereich zu einer ungeheuren Dynamik von Finanzinnovationen kam. Ein Großteil dieser Finanzinnovationen diente dem Zweck, alle Beschränkungen des Staates zu umgehen!

Solms: Herr Emunds spricht gern von einer Strategie des Staates. Wenn es Fehlentwicklungen gab – etwa bei einer adäquaten Regulierung oder bei der Bankenaufsicht – entsprang das nicht einer ideologischen Strategie, sondern hier hat der Staat teilweise aus Unkenntnis der neuen Produkte schlicht versagt. Und die bei den Banken Tätigen sind Risiken eingegangen, ohne sie wirklich gekannt und verstanden zu haben. Das und nicht eine gewollte Strategie hat uns in die gefährliche Situation gebracht.

Gleiche gilt für die Bahn. Beide produzieren ganz normale Dienstleistungen, die im Wettbewerb erbracht werden müssen. Hier war eine Deregulierung überfällig. Es mag in der Finanzwirtschaft Fälle gegeben haben, wo die Deregulierung übereilt war, da muss sich aber vor allem die frühere rot-grüne Bundesregierung an die Nase fassen, da sie dafür verantwortlich war.

Emunds: Vorsicht, Herr Solms, so effizient sind die Privatisierungen nun auch

wieder nicht. Ich erinnere nur an den Rückzug der Post aus der Fläche und deren schiefgelaufene Experimente in anderen Ländern.

Blickpunkt: Hat die Politik es sich zu leicht gemacht? Hat sie zu lange unter dem Motto „Der Markt wird es schon richten“ zugeschaut?

Solms: Nein, das finde ich nicht. Gerade in der Finanzkrise hat der Staat als Akteur auf dem Markt als Erster versagt, viel stärker als die Privatwirtschaft. Die

Zur Person: Bernhard Emunds, Jahrgang 1962, ist seit 2006 Professor für Christliche Gesellschaftsethik an der Hochschule Sankt Georgen und Leiter des Oswald von Nell-Breuning-Instituts. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehört die Theorie und Ethik der Finanzwirtschaft. In zahlreichen Veröffentlichungen hat er sich auf diesem Feld einen Namen gemacht.

www.sankt-georgen.de

Zur Person: Hermann Otto Solms, Jahrgang 1940, ist seit 1998 Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Der promovierte Ökonom war von 1991 bis 1998 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion. Seit 1971 ist Solms Mitglied der FDP, von 1987 bis 1999 war er Bundesschatzmeister. Zu seinen Schwerpunkten zählt die Steuer- und Finanzpolitik.

hermann.solms@bundestag.de
www.hermann-otto-solms.de

Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Blickpunkt: Als was bezeichnen Sie es, wenn der Staat in die Bredouille gekommenen Konzernen mit Milliardenhilfen nun aus der Klemme helfen soll?

Solms: Das halte ich für äußerst bedenklich, denn der Staat ist nicht der Retter, der Verluste sozialisieren und Gewinne bei den Banken belassen darf. Der Staat muss wie der Schiedsrichter beim Fußball für die Spielregeln sorgen und denen, die sie verletzen, die Gelbe oder Rote Karte zeigen.

Emunds: Für die Realwirtschaft stimme ich absolut zu. Es ist hanebüchen, der Automobilindustrie mit ihrer gut aufgestellten Lobby im großen Maßstab unter die Arme zu greifen. Bei der Finanzwirtschaft gab es allerdings keine Alternative. Als die Finanzkrise erst einmal eingebrochen war, haben die Umstände die Politik genötigt und vor die Frage gestellt: „Geld oder Leben?“ Da konnte die Politik nicht anders als mit „Geld!“ antworten. Im Umkehrschluss zeigt dies aber auch, wie wichtig es ist, gerade die Finanzwirtschaft stark zu regulieren. Wenn der Staat letztlich Risiken übernehmen muss, geht das nur, wenn die Grenzen der Regulierung sehr eng gezogen werden.

Blickpunkt: Liegt in der Krise auch eine Chance? Welche Lehren sind aus dem Desaster zu ziehen?

Solms: In jeder Krise liegt eine Chance. Man muss aus den Fehlern lernen. Das Schöne an der Marktwirtschaft ist, dass sie ein lernfähiges, flexibles System ist im Gegensatz zur Staatswirtschaft, die starr und unbeweglich ist und schlussendlich zur Pleite eines Staates führt, wie die DDR gezeigt hat.

Emunds: Das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System ist flexibel, aber wir müssen es auch wirklich gestalten und dem Tiger der Gewinnorientierung Fesseln anlegen, ihn ins Geschirr für die Steigerung des Wohlstands zwingen. Konkret heißt das in der jetzigen Krise: Die Finanzmärkte müssen umfassend reguliert werden. Zugleich muss aber auch die soziale Entsicherung gestoppt werden. Denn das sind zwei Seiten einer Medaille. Die Krise, die auch eine Vertrauenskrise ist, kann nur dauerhaft gelöst werden, wenn die Menschen sehen, dass die Politik ihre Nöte und Sorgen ernst nimmt und nicht zulässt,

dass ihre Lebensperspektiven in einer gnadenlosen Konkurrenz aller gegen alle zerrieben werden.

Blickpunkt: Zu einer wirklichen Umkehr gehören nicht nur neue staatliche Regulierungen, sondern auch eine Änderung der Ethik- und Moralvorstellungen der wirtschaftlichen Eliten. Fragen wir den Gesellschaftsethiker: Sehen Sie da Licht am Horizont?

Emunds: Im Moment sehe ich eine betretene Nachdenklichkeit. Ich hoffe, dass daraus eine wirkliche Änderung der Unternehmenskultur entsteht. Denn die brauchen wir in Deutschland. Die Großunternehmen müssen weg von der Orientierung am Shareholder-Value und wieder zurück zu einer Unternehmenskultur, die langfristig orientiert ist und die realwirtschaftlichen Bedingungen des eigenen Erfolgs mit im Blick hat. Dazu gehören motivierte Arbeitnehmer und zufriedene Kunden. Dazu sind auch neue Regeln der

Corporate Governance nötig. Warum wird der Erfolg eines Unternehmens, für den die Manager zusätzlich bezahlt werden, nur an der Entwicklung des Aktienkurses gemessen? Er sollte auch andere Ziele, wie die stabile Beschäftigung der Mitarbeiter, umfassen!

Solms: Ich glaube, dass bei manchem Manager, der nicht genug kriegen konnte, bereits ein Bewusstseinsprozess eingesetzt hat. Sie haben uns mit ihren hohen Gehältern und Boni gesellschaftspolitisch sehr geschadet. Gerade auch uns

„Man sollte nicht suggerieren, der Staat könnte alles richten.“

Hermann Otto Solms



Foto: Thomas Köhler/photothek.net

Liberalen, weil sie die Grundlagen der liberalen Gesellschaftsordnung infrage gestellt haben. Allerdings muss auch der Staat, der eine solche kurzfristige Erfolgsorientierung in der Vergangenheit auch noch begünstigt hat, beispielsweise durch neue Bilanzierungsvorschriften, mangelnde Aufsicht und die Duldung von Zweckgesellschaften, umdenken. Hier muss vieles korrigiert werden.

Blickpunkt: Was sind die wirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise? Vor allem: Wie kommen wir aus der Krise wieder heraus?

Solms: Man sollte den Bürgern nicht suggerieren, der Staat könnte alles richten. Er kann es nicht. Was er kann, ist, einen unausweichlichen Abschwung abzuschwächen. Ob das mit Geldgutscheinen gelingt, da habe ich meine Zweifel. In Deutschland geben die Menschen, wenn sie Zukunftsorgen haben, das Geld nicht in den Konsum, sondern aufs Konto. Von Konjunktur-

programmen halte ich auch nichts, denn sie lösen zumeist nur Strohfeuer aus. Wir brauchen Entlastungen für Bürger und Unternehmen, die schnell wirken und dauerhaft orientiert sind. Verlorenes Vertrauen gewinnt man nur durch Stetigkeit und Dauerhaftigkeit zurück. Niemand kauft ein neues Auto, nur weil er 200 Euro Kfz-Steuer für ein Jahr spart.

Emunds: Allerdings wäre auch eine steuerliche Entlastung nur sehr begrenzt nachfragewirksam. Ich bin dafür, die Abschreibungsbedingungen der Unternehmen noch stärker zu verbessern als bisher geplant, damit es einen Impuls gibt zu investieren. Zweitens muss den unteren Einkommensschichten geholfen werden, etwa durch eine Verdoppelung des Kindergeldes. Und drittens sollte der Staat in Bildung und Pflege investieren und dort selbst für zusätzliche Beschäftigung sorgen.

Gespräch: Sönke Petersen ■



Foto: Thomas Köhler/photothek.net/Staatliche Museen zu Berlin, Münzkabinett 2008

Standpunkte der Fraktionen:



Was ist jetzt politisch nötig, um die Wirtschaftskrise zu meistern? Wurde bislang alles getan?

Wir haben Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit bewiesen. Unsere Gesetze zur Finanzmarktstabilisierung und Beschäftigungssicherung sind rasch und zielgenau verabschiedet worden. Die praktische Umsetzung werden wir aufmerksam verfolgen. Weil Ausmaß und Dauer der Krise nicht abschätzbar sind, kann die Wirtschafts- und Finanzpolitik derzeit nur auf Sicht angelegt sein. Die laufenden Prüfungen aller verfügbaren Instrumente sind eine gute Grundlage, um bei neuen Risiken wieder schnell und präzise zu handeln.

Wir haben zügig Rettungsschirme für Finanzbranche und Arbeitsplätze gespannt. Von SPD-Seite haben wir jetzt ein schlüssiges Konzept vorgelegt, das statt auf Steuer- auf Abgabensenkung setzt, das Investitionen vereinfacht und beschleunigt, das Bildungsinvestitionen in die Zukunft unserer Kinder zum Kern hat und mit einer schnellen Neuregelung der Kfz-Steuer und der Umweltprämie auch den Klimaschutz im Auge behält.

Die Bundesregierung verharrt in der Angststarre. Das schwarz-rote Sammelsurium reicht nicht. Deutschland steht vor einer handfesten Rezession. Die schwache Binnennachfrage muss dringend gestärkt werden. Den Menschen muss mehr Netto vom Brutto bleiben. Deshalb wäre jetzt eine langfristig wirkende Steuersenkungsreform so wichtig. Als Abschlagszahlungen darauf sollte die Bundesregierung Steuerschecks an die Bürger verschicken.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ist unzureichend. Jetzt müssen schnell und zielgenau die Nachfrageausfälle bei Unternehmen ausgeglichen werden, bevor sie mit Entlassungen reagieren. Die Linke fordert die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,71 Euro, die Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes auf 435 Euro und staatliche Investitionen in Höhe von 30 Milliarden Euro in Bildung, Infrastruktur und Umwelt.

Merkels kunterbuntem Konjunkturpaket setzen wir ein nachhaltiges Investitionsprogramm entgegen. Es konzentriert sich auf Klima, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Die ökologische Modernisierung senkt die Kosten des Klimawandels. Geld für Bildung ist gerecht und macht Deutschland fit. Unterstützung der Ärmsten stärkt die Kaufkraft. Staatliche Investitionen stabilisieren die Konjunktur schneller als Steuersenkungen.

Was sind aus Ihrer Sicht die Eckpfeiler für eine (globale) Marktwirtschaft, die nachhaltig zum Nutzen aller funktioniert?

Ein sicheres Fundament für diese wichtige Herausforderung ist die soziale Marktwirtschaft, die zu den elementaren geistigen Grundlagen der Union gehört. Soziale Marktwirtschaft ist ein klares Bekenntnis zur Wettbewerbswirtschaft. Der Wettbewerb muss sich jedoch in geordneten Bahnen entwickeln. Dafür hat ein schlanker, aber starker Staat zu sorgen. Dort, wo Schäden für Gesellschaft oder Umwelt drohen, setzen wir klare Schranken.

Wirtschaft ist immer für die Menschen da. Wir sehen in der derzeitigen Krise, was es bedeutet, wenn man sich von diesem Grundsatz verabschiedet. Von der Politik muss der staatliche Ordnungsrahmen gesetzt werden, bei uns heißt das soziale Marktwirtschaft. International brauchen wir klare Spielregeln gerade für die Finanzmärkte, die dafür sorgen, dass die Gier weniger nicht den Wohlstand aller riskiert.

Eine auf Wettbewerb, Freihandel und faire rechtstaatliche Spielregeln aufgebaute Weltwirtschaft bietet den Menschen die besten Chancen. Noch immer leben auf der Welt viel zu viele Menschen in Armut. Dank der marktwirtschaftlichen Entwicklung sind in den vergangenen Jahren in China, Indien und anderen Schwellenländern aber schon Hunderte Millionen Menschen aus der Armut aufgestiegen. Protektionismus und Abschottung schaden besonders den Ärmsten.

Ein Ausgleich der weltweiten Ungleichheiten zwischen Arm und Reich und zwischen Nord und Süd erfordert eine Abkehr von den Dogmen der Kapitalverkehrsfreiheit und der Handelsliberalisierung. Transnationale Konzerne und Investitionen müssen auf sozial-ökologische Regeln verpflichtet werden. Eine demokratische Weltwirtschaftsordnung bedarf einer Stärkung von UN-Institutionen und Abkommen gegenüber IWF, WTO und Weltbank.

Wir wollen die Neuordnung der Global Governance nicht dem Recht des Stärkeren überlassen, sondern internationale Kooperation stärken. Das Recht auf Entwicklung muss mit den Klimazielen in Einklang gebracht werden, der Ressourcenzugang kooperativ gesichert werden. Die Finanzmärkte benötigen eine bessere internationale Regulierung und Aufsicht. Die Welthandelsordnung muss soziale und ökologische Standards berücksichtigen.



Deutsch-französisches Parlamentariertreffen

In der Krise wetterfest

Auftrieb für ein deutsch-französisches Duo: die Abgeordneten Yves Bur (links) und Andreas Schockenhoff im Hamburger Airbuswerk

Es ist ein kalter und windiger Januarabend in Hamburg-Finkenwerder. Auf dem Werksgelände des Flugzeugbauers Airbus stehen deutsche und französische Abgeordnete vor einer riesigen Halle und warten, dass man sie einlässt. Im Hamburger Werk werden Teile des neuen zweigeschossigen Passagierflugzeugs A380 montiert. Weil das Unternehmen Sicherheitslücken fürchtet, ist die Montagehalle besonders gesichert. Auch für die Volksvertreter aus Berlin und Paris gibt es keine Ausnahme, sie müssen sich gedulden.

EADS, der Mutterkonzern von Airbus, ist der zweitgrößte Luft- und Raumfahrtkonzern der Welt und gilt als erfolgreiches Beispiel europäischer Zusammenarbeit. Und so ist es kein Zufall, dass die deutschen und französischen Abgeordneten zum „7. Parlamentariertreffen Paris-Berlin“ Mitte Januar in Hamburg zusammenkommen, einem Traditionsstandort des Flugzeugbaus in Deutschland. Seit 2000 treffen sich die Parlamentarier abwechselnd in Deutschland und Frankreich, um mit Vertretern aus Politik,

Wirtschaft und Wissenschaft zu diskutieren. In diesem Jahr steht die europäische Industriepolitik auf dem Programm. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit Europas und um die Frage, ob sich grenzüberschreitende Industriekooperationen auch in wirtschaftlich schweren Zeiten bewähren.

Andreas Schockenhoff (CDU), Vorsitzender der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe im Bundestag, sieht Parallelen zwischen Abgeordneten und Flugzeugbauern: „Gemischte Teams und eine flexible Führung, um schnell auf neue Situationen reagieren zu können“ – das mache die Stärke solcher Kooperationen aus. Gerade in der Luft- und Raumfahrt mit ihren hohen Forschungskosten gebe es zur Zusammenarbeit keine Alternative, sagt Schockenhoff beim gemeinsamen Abendessen in der Werkskantine mit Panoramablick auf die nächtliche Elbe. Die deutsch-französischen Partnerschaft findet sogar noch auf der Weinkarte ihren Ausdruck: ein Riesling aus dem Rheinland, ein Bordeaux aus Frankreich.

Wie kein anderes Großunternehmen spiegelt der Flugzeugbauer Airbus Vielfalt und Aufgabenteilung in Europa: In

Toulouse und in Hamburg findet die Endmontage statt, das Werk bei Madrid entwickelt Höhenleitwerke, die Tragflächen kommen aus Großbritannien und im französischen Nantes werden Flugzeugteile aus dem extrem leichten Werkstoff Carbon gefertigt. Einerseits kann Georg Mecke, Hamburger Standortleiter bei Airbus, eine eindrucksvolle Bilanz präsentieren: 198 Bestellungen für das Modell A380, die weltweit größte Passagiermaschine, seien bislang eingegangen, zwölf Flugzeuge wurden 2008 ausgeliefert. „Für die nächsten sechs Jahre sind die Auftragsbücher gefüllt“, sagt Airbus-Deutschland-Chef Gerald Weber. Andererseits kommt es immer wieder zu Verzögerungen wie beim A380 oder jüngst beim Militärtransporter A400M. Dann werden Vorwürfe laut, dass die beteiligten Länder die heimischen Produktionsstandorte begünstigen und den Erfolg des gemeinsamen Projektes gefährden würden.

Auch beim Kolloquium der Abgeordneten treffen gegensätzliche Positionen aufeinander. Es geht um Grundsatzfragen: Wie viel Einfluss dürfen die beteiligten Staaten auf den Konzern nehmen? Wie stark soll sich Europa in der Luft- und Raumfahrt überhaupt engagieren? Und wie kann man den Bürgern in Zeiten der Wirtschaftskrise das kostspielige Engagement auf diesem Gebiet vermitteln?

Die Beziehungen zwischen Deutschem Bundestag und französischer Assemblée nationale hätten eine „besondere Qualität“, sagt Fritjof von Nordenskjöld, ehemaliger deutscher Botschafter in Paris und stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. „Bei der Bewilligung von aufwendigen Projekten kommt beiden Parlamenten eine wichtige Rolle zu“, sagt von Nordenskjöld. „Die Bundestagsabgeordneten haben dabei allerdings mehr Einfluss als ihre Kollegen in Paris, weil der französische Präsident vieles über Verordnungen durchsetzen kann.“

Auch sie sorgen für die deutsch-französische Verständigung: Dolmetscherinnen während der Arbeitsgespräche



Foto: DBT/Werner Schüring

Um konkrete Entscheidungen geht es bei den regelmäßig stattfindenden Kolloquien ohnehin nicht. Hier sprechen die Volksvertreter mit Experten, tauschen Standpunkte aus, knüpfen Beziehungen. „Es geht nicht um konkrete Gesetzesvorhaben, sondern darum, solche Themen gemeinsam zu diskutieren“, sagt Andreas Schockenhoff. „Die eigene Position mit den Augen anderer zu sehen“ – das sei ihm wichtig. Sein Kollege Yves Bur, Vorsitzender der Französisch-Deutschen Parlamentariergruppe, ergänzt: „Die europäische Zusammenarbeit ist wünschenswert, aber dass sich Deutschland und Frankreich einig sind, ist unbedingt notwendig.“ Für den Elsässer Bur und den Württemberger Schockenhoff ist diese Zusammenarbeit längst Wirklichkeit: Beide unterstützen sich gegenseitig bei ihren Wahlkampfauftritten.

Kata Kottra ■



Foto: DBT/Werner Schüring

Gruppenbild mit Flügeln: die Abgeordneten von Bundestag und Assemblée nationale bei der Werksbesichtigung

Helmut Schmidt im Bundestag

Klare Kante im Aufsichtsrat

Am 23. Dezember 2008 feierte der Sozialdemokrat und ehemalige Kanzler Helmut Schmidt – nach wiederholten Umfragen der mit Abstand populärste Politiker der Republik – seinen 90. Geburtstag. Noch immer macht der Elder Statesman und nimmermüde Publizist mit bemerkenswerten Berichten zur Lage des Landes und der Welt von sich reden. Der Deutsche Bundestag verdankt dem Hanseaten zahlreiche Sternstunden.

Unter den Geschichten, an die sich der Altkanzler Helmut Schmidt gern erinnert, wenn er auf seine Anfänge als Volksvertreter zurückblickt, scheint ihm eine besonders zu gefallen: Sie handelt davon, wie der 1953 ins Parlament eingerückte junge Volkswirt seinen klapprigen VW durch ein einigermaßen standesgemäßes Gefährt ersetzt. Er finanziert das Traumauto – einen gebrauchten Mercedes Diesel 170 –, indem er sich ein für seine damaligen Verhältnisse „furchterregend hohes Darlehen“ von 5.000 Mark besorgt.

Dass es ihm anschließend locker gelingt, den Personalkredit über die gewährten Kilometergelder abzustottern, hält der später gerühmte „Weltökonom“ noch mehr als ein halbes Jahrhundert danach für ziemlich clever – aber das ist nicht der Kern der Story. In der Hauptsache geht es dem in acht Legislaturperioden dem Deutschen Bundestag angehörenden Sozialdemokraten darum, seinem Einstieg als Parlamentarier einen möglichst unpathetischen Anstrich zu verpassen. Er sei da „im Grunde nur reingerutscht“, beharrt er ein um das andere

Mal demonstrativ lapidar, und habe das erste Mandat „praktisch probenhalber“ übernommen.

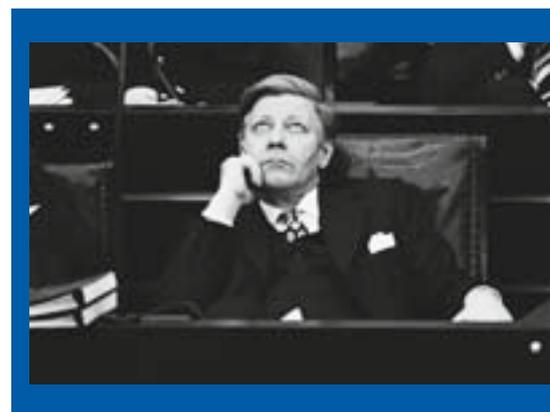
„Schmidt-Schnauze“

Doch das ändert sich seinerzeit rasch. „Der res publica zu dienen“, packt den Sohn eines Hamburger Schulleiters und ehemaligen Oberleutnant schon bald „mit Haut und Haaren“ – und bereits in den von Konrad Adenauer und der Union dominierten Fünzigern können ihm bloß wenige Kollegen das Wasser reichen. „Schmidt-Schnauze“, wie ihn bürgerlich-liberale Abgeordnete seines manchmal ungestümen Temperaments wegen taufen, erweist sich in ungezählten Redeschlachten als Vollblutpolitiker. Seine Duelle mit Franz Josef Strauß um eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gelten im Plenum als Sternstunden.

In seinen eigenen Reihen, in denen bis in die 60er-Jahre hinein noch Granden den Ton angeben, die wie Kurt Schumacher oder Erich Ollenhauer in der Weimarer Republik sozialisiert worden sind, gehört der Verkehrs-, Militär-

und Wirtschaftsexperte von Anfang an zu den Modernisierern. Er schreibt am Godesberger Programm mit und stützt neben Herbert Wehner sowohl sein Vorbild Fritz Erler als auch den neuen Hoffnungsträger Willy Brandt. Mit dem Aufkommen der außerparlamentarischen Opposition allerdings bilden sich in der zunächst sorgsam gepflegten Beziehung zwischen den beiden späteren SPD-Kanzlern nie mehr ganz zu kittende Risse.

Während es dem Vorsitzenden in erster Linie um die Einheit der Sozialdemokratie geht, sieht der im Gefolge der Großen Koalition zum Chef der





Fraktion aufgestiegene Schmidt in den Revoluzzern und akademischen Neomarxisten „potenziell diktaturverdächtige“ Systemveränderer. Dass Brandt solchen gefährlichen Querköpfen angeblich Tor und Tür öffnet – und der spätere Linksrutsch die SPD schließlich die Macht kostet –, mag er ihm nicht verzeihen. „Auch Demokratie braucht Führer“, ruft er dem Parteifreund wütend hinterher.

Dass er in der heißen Umbruchphase der Bonner Republik im Bündnis mit den christlichen Parteien die „parlamentarische Klammerfunktion“ übernehmen darf, bezeichnet der ehrgeizige Workaholic aus Hamburg gleichwohl als die „schönste Zeit“ seines politischen Lebens. Der von ihm ursprünglich verfolgte Plan, nach angelsächsischem Muster das Mehrheitswahlrecht zu beschließen, verflüchtigt sich zwar. Aber mit seinem Pendant Rainer Barzel paukt er die heftig umstrittenen Notstandsgesetze durch, und die erstaunlich gut aufeinander abgestimmten „coalition brothers“ halten auch sonst allen Anfeindungen zum Trotz „den Laden“ zusammen.

„Ein büsch'n vergiftet“

Kann es da verwundern, wenn sich schon auf dieser Etappe der Schmidt'schen Karriere eine Sichtweise einzuschleichen beginnt, die sich dann in den achteinhalb Jahren seiner Kanzlerschaft fast zum geflügelten Wort auswächst? Er sei „der richtige Mann in der falschen Partei“, urteilt ein nicht geringer Teil vornehmlich

Regieren auf Augenhöhe:

Helmut Schmidt im Bonner Bundestag



Foto: picture-alliance/Felix Heyder

Auch als 90-Jähriger ist Schmidt ein gefragter Gesprächspartner – für die Kanzlerin und den Finanzminister und für eine Interviewreihe im Magazin einer großen deutschen Wochenzeitung

konservativ-liberal gesonnener Bürger – und der für Schmeicheleien empfängliche Regierungschef korrigiert diesen Spruch nur verhalten. Das Lob sei „ein büsch'n vergiftet“, grantelt er leise im typischen hanseatischen Tonfall, doch darüber zu klagen, kommt ihm nicht in den Sinn. Zumindest fühlt er sich von jenen verstanden, die ihm eine „überparteiliche Vernunft“ attestieren.

Denn natürlich will Schmidt „nie nur ein Kanzler der SPD, sondern immer aller Deutschen sein“ – eine Maxime, die sich von Anbeginn aus seiner philosophischen „Hausapotheke“ ergibt. Das Etikett des reinen „Machers“ empfindet der schneidige Krisenmanager, der seinen Sozialismus laut Herbert Wehner „im Offizierskasino“ erlernt und sich unkonventionell einer verheerenden Sturmflut wie danach der Ölkrise und dem Terrorismus widersetzt hat, stets als kränkend. Im Spannungsfeld von Gesinnungs- und Verantwortungsethik baut er deshalb wie einst Max Weber auf einen an Rechten und Pflichten orientierten Wertekatalog. Bereits in der Zeit seines Zwischenspiels als Hamburger Innensenator erläutert der „preußische Hanseat“ vor Studenten, „dass die Geschichte ein dialektischer Prozess sein mag“, aber letztlich von Menschen be-

stimmt wird. Und in einem Essay unter dem Titel „Sozialdemokratie und kritischer Rationalismus“ präzisiert er diesen Ansatz: „Politik“, predigt Schmidt den Marxisten, die ihn immer wieder der schnöden „Durchwurstelei“ bezichtigen, „ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken.“

Ein Leben lang reicht ihm dazu im Wesentlichen die Verfassung der Republik – und in diesem Rahmen nicht zuletzt das Prinzip der Gewaltenteilung. Als er die Fraktion übernimmt (die er während der Ära Brandts gern weiter geführt hätte, statt als Verteidigungsminister „abkommandiert“ zu werden), pocht er prompt auf „klare Kante“. Die Legislative ist für ihn in der „Firma Deutschland“ der „Aufsichtsrat“.

Bei allem Streit, in dem er sich auf den Feldern etwa der friedlichen Nutzung der Kernenergie oder der NATO-Nachrüstung mit der SPD entzweit, lässt auch der Kanzler Schmidt an diesem Selbstverständnis keinen Zweifel. Selbst als 90-jähriger, etwa dem Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr kritisch gegenüberstehender Autor der „Zeit“ mahnt der Elder Statesman eine „angemessene parlamentarische Befassung“ mit dem heiklen Thema an.

Hans-Joachim Noack ■

Wer hat's gesagt?

fragt **BLICKPUNKT BUNDESTAG** an dieser Stelle und lädt Sie ein, interessanten Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte im Wortlaut wieder zu begegnen. In jeder Ausgabe präsentieren wir das Zitat eines Mitglieds des Bundestages, das in der Geschichte Deutschlands seine Spuren hinterlassen hat. Wer hat's gesagt? Schreiben Sie uns die Lösung und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Die Idee, von der hier die Rede ist, ist seit 20 Jahren Wirklichkeit. Am 1. Januar 1999 trat die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft. Sie brachte zwölf EU-Staaten eine gemeinsame Währung, den Euro. Zunächst stand er nur auf dem Papier, drei Jahre später gab es ihn ganz real in den Geldbörsen der Menschen.

Der Politiker, der im April 1998 im Bundestag die neue Währung gegen die zahlreichen Skeptiker im Lande verteidigte, hatte selbst eine Menge zu ihrer Einführung beigetragen. Auch ihr Name stammte von ihm. Rückblickend sagte er: „Der Name ist einfach genial – da muss ich mich selbst loben.“ Nicht nur der Name kam an, auch das Ansehen des Euro und seine Bedeutung wuchsen in der Folge beträchtlich. Mittlerweile ist er gesetzliches Zahlungsmittel für rund 310 Millionen Menschen und neben dem US-Dollar die wichtigste Währung der Welt.

Ihr Namensgeber hatte im eigenen Land schon Erfahrungen mit der Einführung einer anderen Währung gesammelt. Gerade ein knappes Jahr im Amt hatte er im Mai 1990 den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion beider deutscher Staaten unterzeichnet, der am 1. Juli den DDR-Bürgern die D-Mark brachte.

Der in einem Dorf im bayerischen Schwaben aufgewachsene Sohn eines Maurerpoliers und Nebenerwerbslandwirts hatte eine geradlinige politische Karriere hingelegt. Als 18-Jähriger war er der Jungen Union beigetreten. Nach der mit Prädikatsexamen

und der Promotion abgeschlossenen Jura-Ausbildung war er Kreistagsmitglied und persönlicher Referent eines führenden Landespolitikers. 1972 wurde er in den Bundestag gewählt. Dort machte er sich einen Namen im Haushaltsausschuss, später als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

Als Chef seiner Landesgruppe gelang dem meist liebenswürdigen und stets geistreichen Politiker nach Einschätzung

der „Süddeutschen Zeitung“ das Kunststück, „zwischen den Kontrahenten Kohl und Strauß zu vermitteln und dabei seine Eigenständigkeit zu wahren“. Seine Partei dankte ihm dieses Geschick mit der Wahl zum Vorsitzenden. 1989 wurde er ins Bundeskabinett berufen, dem er neunehalb Jahre angehörte – so lange wie keiner seiner Amtsvorgänger.

„Eine Idee, die fast so alt wie die Europäische Gemeinschaft selbst ist, wird jetzt Wirklichkeit. Vor mehr als vierzig Jahren, bei der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, war sie nur eine Hoffnung von wenigen. Diese Hoffnung wird heute wahr.“

Er ist mit einer früheren Spitzensportlerin verheiratet, arbeitet heute als Anwalt und wurde vor Kurzem mit einer neuen verantwortungsvollen Aufgabe betraut.

Klaus Lantermann ■

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: **BLICKPUNKT BUNDESTAG**, c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (0 30) 6 50 00-1 92, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com.

Einsendeschluss: 9. März 2009.

Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost.

Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Die Lösung des Rätsels in Ausgabe 04-2008 lautet: Hans „Johnny“ Klein.

Eine Reise nach Berlin hat **Manfred Diepold aus Mülheim** gewonnen.



Foto: Picture Alliance/dpa/Lehtikuvä Oy

Island: Das Althing

Eine Krone für das Parlament

Warum ist da eine Krönigs-krone auf dem Haus?“, fragt ein Sechsjähriger seinen Großvater. „Was sagst du, mein Junge?“, antwortet der Opa, der mit seinem Enkel auf dem Platz vor dem 1881 gebauten Hauptgebäude des Althings, des isländischen Parlaments, in Reykjavíks alter Stadtmitte steht. „Da“, sagt der Junge und zeigt aufs Dach des Gebäudes aus dunklem Naturstein. „Ach das da. Die stammt aus der Zeit, als die Dänen uns regierten. Wir haben wohl vergessen, sie zu entfernen.“

Die Einwohner Islands haben andere Sorgen in diesen Wintertagen. Wenige Wochen nachdem das Bankensystem der nordischen Inselrepublik in den Strudel der weltweiten Finanzkrise geraten ist, demonstrieren schockierte Isländer Woche für Woche vor dem „Protesthaus“ – dem Parlament. Nur wenige erinnern sich daran, dass ihre Volksvertreter unter den Insignien eines ausländischen Königs ihrer Arbeit nachgehen – und das schon seit der Gründung der isländischen Republik vor über 60 Jahren.

Jeder Vorschlag, das Wappen des dänischen Königs Christian IX. durch das der isländischen Republik zu ersetzen, ist stets mit dem Hinweis auf den Denkmalschutz abgelehnt worden. Den Inselbewohnern ist nämlich nicht nur die Unabhängigkeit wichtig, sondern auch ihre lange Geschichte. Die über 500-jährige Zugehörigkeit zum dänischen Königreich streicht man nicht einfach weg, egal wie stolz man sonst auch ist auf die junge Republik.

Andererseits relativieren sich die 500 Jahre dänischer Herrschaft angesichts der mehr als tausendjährigen Geschichte des Althings selbst. Seit 930 traf sich jedes Jahr im Juni die Volksversammlung auf Þingvellir – den „Thingwiesen“. Sie war gesetzgebendes Organ und oberster Gerichtshof zugleich. Auch nachdem Island im Mittelalter erst unter norwegische und dann unter dänische Verwaltung gestellt wurde, blieb das Althing bestehen. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde es dann als Parlament im modernen Sinne wiedergegründet. 1874 gestand Dänemark den Inselbewohnern eine eigene Verfassung zu, 1918 schließlich die volle Anerkennung

als souveräner Staat. Bis zur Gründung als Republik 1944 blieb der dänische König noch offiziell das Staatsoberhaupt.

Heute sind fünf Parteien im Althing vertreten. Seit der Wahl im Mai 2007 regierten die zwei größten, die konservative Selbstständigkeitspartei und die sozialdemokratische Allianz, in einer Großen Koalition. Im Januar gab die Regierung dem wochenlangen Protest der Bürger nach und machte den Weg für Neuwahlen frei. Immer mehr Abgeordnete sprechen sich inzwischen für eine Annäherung Islands an die EU oder sogar für einen Beitritt aus. Ob nun mit oder ohne Krönigs-krone auf dem Dach: In der Geschichte des ältesten noch aktiven Parlaments der Welt wird dann das nächste Kapitel geschrieben. *Auðunn Arnórsson* ■

Althing
Informationen auf Englisch
finden Sie unter:

 www.althingi.is



Foto: DBT/MEDIA CONSULTA

Lesen Sie den Bundestag – regelmäßig mit dem Blickpunkt-Abo

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, die Lektüre des neuen BLICKPUNKT BUNDESTAG war informativ und hat Ihnen Freude bereitet! Das Magazin des Deutschen Bundestages erscheint regelmäßig mindestens sechs Mal im Jahr, mit spannenden Reportagen, Interviews und Hintergrundberichten aus dem Parlament.

BLICKPUNKT BUNDESTAG, das sind zwei Magazine in einem: Denn die Beilage SPEZIAL, die immer ein parlamentarisches Schwerpunktthema behandelt, ist regelmäßig mit dabei.

Möchten Sie künftig über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden? Dann bestellen Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 12,00 Euro für sechs Ausgaben pro Jahr.

Mit dem BLICKPUNKT-Abo kommt jede Ausgabe künftig bequem zu Ihnen nach Hause. Wenn Sie BLICKPUNKT BUNDESTAG abonnieren möchten, wenden Sie sich an unsere Abonnentenbetreuung.

Haben Sie noch Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin rund um das BLICKPUNKT-Abo:

Cornelia Hesse
Buch und Presse Vertrieb GmbH & Co. KG
Aschmattstraße 8
76532 Baden-Baden

Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Chefredaktion: Britta Hanke-Giesers
(Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit), Michael Reinold

Redaktion: Helmut Spörl (Leiter),
Alexander Heinrich, Jörg Müller-Brandes
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (0 30) 6 50 00-2 20
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold, Sylvia Bohn
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (0 30) 2 27-3 78 68
Fax: (0 30) 2 27-3 65 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Sylvia Müller, Anita Drbohlav
Produktion: René Hanhardt
Onlineproduktion: Nils Grobmeier
Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb
Cornelia Hesse
Telefon: (0 72 21) 5 02-2 70
Fax: (0 72 21) 5 02-42 70
E-Mail: abo-blickpunkt-bundestag@koe-for.de

Druck: Koelblin Fortuna, Baden-Baden

Einzelverkaufspreis: 2 Euro
Redaktionsschluss: 10. Februar 2009

Die Texte aus BLICKPUNKT BUNDESTAG
gibt es auch im Internet:
www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten.

Anschrift für die Post unserer Leser:
BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (0 30) 6 50 00-1 92
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2009
Alle Rechte vorbehalten

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

UNAUFHALTSAM

Ihr Potenzial. Unser Antrieb.

Microsoft

Samson Kirschning hat den IT-Fitness-Test gemacht und die vorgeschlagenen kostenlosen Onlinekurse absolviert. Der Ausbau seiner Computerkenntnisse hilft ihm, sein Potenzial besser zu nutzen. Microsoft und die Partner der IT-Fitnessinitiative fördern in den kommenden 3 Jahren 4 Millionen junge Deutsche wie ihn. Sein Weg und weitere Fakten unter: www.aufmeinemweg.de

UNSICHER